



Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

59. Sitzung des Abgeordnetenhauses (vom 3. Mai.)

11 Uhr. Am Ministertisch Graf Eulenburg, Dr. Fall, Friedenthal und Geh. Rath Wohlers.

Vom Finanz- und Handelsminister ist der Gesetzentwurf, betreffend den Ankauf und die Vollendung der Pommerschen Central-Eisenbahn und der Berliner Nord-Eisenbahn, eingegangen.

Zunächst sind zwei Schriftführer an Stelle der ausgeschiedenen Abgg. Rieber und Bernards (Centrum) zu wählen. Auf den Vorschlag Lutteroths werden ihre Fraktionsgenossen Graf Schmising-Kerjenbrod (Vedum) und Brütering durch Acclamation gewählt.

Es folgt die dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Verfassung der Verwaltungsgerichte und das Verwaltungsstreitverfahren. Eine General-Debatte findet nicht statt.

Abg. v. Mantuffel beantragte, den § 13 der zweiten Lesung: „Das Provinzial-Verwaltungsgericht ist bei Anwesenheit der beiden ernannten und der drei gewählten Mitglieder (beziehungsweise deren Stellvertreter) beschlußfähig. Die Beschlüsse werden nach Stimmenmehrheit gefaßt“, abzulehnen und die Regierungsvorlage wiederherzustellen, welche lautet: „Das Bezirksverwaltungsgericht ist bei Anwesenheit der beiden ernannten Mitglieder und eines gewählten Mitgliedes (beziehungsweise deren Stellvertreter) beschlußfähig. Die Beschlüsse werden nach Stimmenmehrheit gefaßt. Sind vier Mitglieder anwesend, so nimmt das dem Lebensalter nach jüngste gewählte Mitglied an der Abstimmung nicht Theil. Dem Berichterstatter steht jedoch in allen Fällen Stimmrecht zu.“

Abg. v. Mantuffel: Die Motive zu meinem Antrage sind rein praktische. Ich weiß aus Erfahrung als Mitglied der Heimath-Deputation für die Provinz Brandenburg, wie nicht selten Mitglieder, zumal wenn sie in entfernten Bezirken wohnhaft sind, durch Verhinderung des Eisenbahnschlusses, wegen Krankheit u. s. w. verhindert sind, rechtzeitig zum Termine zu erscheinen. Wird der Paragraph der zweiten Lesung angenommen, so wäre ohne Weiteres das Verwaltungsgericht beschlußfähig und die zahlreichen erziehenden Parteien mit ihren Rechtsbehelfen müßten unberücksichtigt Sache nach Hause geschickt werden. Wir können dieser Eventualität nur vorbeugen, wenn wir den § 13 der Regierungsvorlage wiederherstellen.

Geh. Rath Wohlers bittet, diesem Antrage Folge zu geben.

Abg. v. Sauten (Larupfchen): Ich kann mir nicht denken, daß das Haus, nachdem es erst vor einigen Tagen mit so großer Majorität diesen Paragraphen angenommen, ihn heute verworfen und damit das immer so hoch gehaltene Princip des Uebergewichts des Laienelements im Verwaltungsgerichtshof an dieser wichtigen Stelle fallen lassen werde. Gegenüber diesem Princip darf die Unbequemlichkeit, daß einmal eine Sitzung beschlußunfähig werde, nicht ins Gewicht fallen, zumal ja in den meisten Fällen rechtzeitig der Stellvertreter wird benachrichtigt und herbeigezogen werden können.

Abg. Gneist empfiehlt dagegen aus praktischen Gründen die Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

Abg. Windthorst (Vielefeld): Der ursprüngliche § 13 kann schon aus dem einen Grunde von uns nicht angenommen werden, weil er gar nicht positiv ausspricht, daß der Vorstehende alle drei Laienmitglieder zum Termine einberufen muß. Es läge darnach völlig in seiner Hand, etwa nur ein, ja selbst gar kein Laienmitglied einzuberufen.

Geh. Rath Wohlers: Es versteht sich ganz von selbst, auch wenn es in diesem Paragraphen nicht ausgesprochen ist, daß der Vorstehende stets verpflichtet ist, alle Mitglieder des Verwaltungsgerichtshofes einzuberufen.

Der Antrag v. Mantuffel wird hierauf mit schwacher Majorität (dafür die Conservativen und ein Theil der National-Liberalen) abgelehnt und der § 13 in der Fassung der zweiten Lesung angenommen.

In § 36, welcher von dem Ablehnungsgesuch handelt, wird die Frist der Beschwerde, wenn das Gesuch für unbegründet erklärt wird, auf Antrag des Abg. Wagner (Straßburg) der Conformität mit späteren Paragraphen von einer Woche auf zehn Tage verlängert.

§ 56 („Beschlag der von einer Partei eingelegten Verurteilung findet die Bestimmung des § 37 für das Verurteilungsgericht entsprechende Anwendung“) war in zweiter Beratung irrtümlich gestrichen und wird heute als § 58a wiederhergestellt.

Der § 83 war in zweiter Lesung unter Verwerfung der Commissionsvorlage in der Fassung des Regierungsentwurfs wiederhergestellt, welche lautet:

Die in dem Gesetze vom 8. April 1847 bezeichneten Verwaltungsbehörden sind auch in streitigen Verwaltungssachen zur Erhebung des Competenzconflicts befugt.

Ueber Competenzstreitigkeiten zwischen Verwaltungsbehörden und Verwaltungsgerichten entscheidet das Oberverwaltungsgericht, auf Grund der schriftlichen Erklärungen der über ihre Competenz streitenden Behörden, durch einfache Verfügung. Das Gleiche gilt in dem Falle, wenn die Verwaltungsbehörde und das Verwaltungsgericht sich in der Sache für unzuständig erklärt haben.

Heute beantragt Abg. Miquel, den § 83 wie folgt zu fassen: „Die Erhebung des Competenzconflicts (Gesetz vom 8. April 1847) auf Grund der Behauptung, daß in einer von dem Verwaltungsgericht abhängig gemachten Sache die Verwaltungsbehörde zuständig sei, findet nicht statt. Die Verwaltungsgerichte haben ihre Zuständigkeit von Amts wegen wahrzunehmen. Ist die Zuständigkeit von den Parteien bestritten, so hat das Verwaltungsgericht hierüber vorab zu entscheiden. Gegen die Entscheidung steht innerhalb 10 Tagen nach Zustellung derselben, sowohl den Parteien, als auch dem Vorstehenden des Kreisaußschusses, beziehungsweise dem Regierungspräsidenten die Berufung unmittelbar an das Oberverwaltungsgericht zu.“

Haben sich in derselben Sache die Verwaltungsbehörde und das Verwaltungsgericht für zuständig erklärt, so entscheidet auf Grund der schriftlichen Erklärungen der über ihre Competenz streitenden Behörden und nach Anhörung der Parteien das Oberverwaltungsgericht. Das Gleiche gilt in dem Falle, wenn die Verwaltungsbehörde und das Verwaltungsgericht sich in derselben Sache für unzuständig erklärt haben.“

Abg. Miquel: Wir haben uns zunächst klar zu machen, welche Änderungen dieser Paragraph in den bestehenden Rechtszustand hineinbringt. Bisher konnten Competenzconflicte nur anhängig gemacht werden vor dem ordentlichen Gerichte und wenn die Behörde, die den Conflict erhob, erklärte, die Sache gehöre nicht vor die ordentlichen Gerichte, sondern sei von der Verwaltung zu entscheiden. Jetzt wird nun das Verfahren getheilt in das vor den gewöhnlichen Verwaltungsbehörden und in das sogenannte Justizfachen, die vor den Verwaltungsgerichten zur Entscheidung kommen. Dadurch entsteht nun ein doppeltes Verhältniß der ordentlichen Gerichte erstens zu den Verwaltungsbehörden und zweitens zu den Verwaltungsgerichten. Einen Competenzconflict zwischen diesen beiden letzteren wollen wir durch das vorliegende Gesetz gar nicht entscheiden, das nach dem Gesetz vom April 1847 zweifellos auch in Zukunft zulässig ist, eine Sache den ordentlichen Gerichten deswegen zu entziehen, weil sie vor der Verwaltung zu entscheiden ist. Es kann eine Frage des Staatsinteresses nur darin liegen, ob eine Sache vor den Gerichten entschieden wird oder vor einer der Anweisung des Ministers zugänglichen Verwaltungsbehörde, nicht aber darin, vor welchem Gerichte, ob vor einem Verwaltungsgerichte oder vor einem ordentlichen Gerichte. Wir haben daher keine Veranlassung, in das Gesetz, wo die Sache liegt, es gar nicht erfordert, den Competenzgerichtshof aufzunehmen und die Erhebung des Competenzconflicts neu zu befestigen. Völlig verschieden hiervon ist der Fall, wo das Verhältniß zwischen dem Verwaltungsgericht und der gewöhnlichen Verwaltungsbehörde in Frage steht. Dies Verhältniß kann eintreten einmal dann, wenn eine Sache nur anhängig ist vor einem Verwaltungsgericht und sodann, wenn beide, sowohl Verwaltungsgericht als Verwaltungsbehörde den Fall bereits in Angriff genommen haben. Bei Eintritt des Competenzconflicts in dem ersten Fall haben wir der Regierung die Concession gemacht, daß dem Landrath das Recht zustehe, solle die Berufung gegen jeden Beschluß des Kreisverwaltungsgerichts an das Provinzialverwaltungsgericht eintreten zu lassen, und daß ferner der Regie-

rungspräsident Berufung erheben darf von dem Provinzialverwaltungsgericht an das Oberverwaltungsgericht.

Es kann somit kein Fall gedacht werden, wo die Regierung es nicht in ihrer Hand hat, sei es durch Verweisung an den Landrath oder an den Regierungspräsidenten die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtshofes ohne Weiteres zu erlangen und damit wird offenbar Alles erreicht, was die Regierung erreichen will. Wir sind aber der Regierung noch mehr entgegen gekommen und haben auch noch das Verfahren erleichtert, indem wir bestimmt haben: ist die Zuständigkeit der Parteien bestritten, so hat das Verwaltungsgericht hierüber vorab zu entscheiden. — Was nun den zweiten Fall anbetrifft, wo dieselbe Sache gleichzeitig bei dem Verwaltungsgericht und der Verwaltungsbehörde anhängig ist, so haben wir die Regierungsvorlage in unserem heutigen Antrage im Wesentlichen acceptirt, und nur das Eine verlangt, daß nicht auf Grund der Berichte der betreffenden streitenden Behörden mittelst eines einfachen Bescheides das Oberverwaltungsgericht in diesen Fällen Recht sprechen soll, sondern erst nach Anhörung der Parteien, so daß also die Parteien hierbei in der Lage sind, in einem einberufenen Termine ihre Interessen geltend zu machen. Jemand ein staatliches oder Regierungs-Interesse wird dadurch in keiner Weise verletzt. Ich kann daher das Haus nur dringend ersuchen, das von uns gefällte Amendement anzunehmen.

Minister des Innern Graf Eulenburg: Ich will nicht wiederholen, was zur Unterstützung und Aufrechterhaltung des Regierungsentwurfes bei der ersten Beratung vorgebracht wurde. Ich berufe mich auf die Ausführungen des Justizministers und des Abg. Gneist. Ich constatire nur, daß, wenn der Antrag Miquel in seinem ersten Passus angenommen wird, über die Frage, wie es gehalten werden soll, wenn zwischen dem Verwaltungsgericht und dem ordentlichen Gerichte ein Competenzconflict entsteht, ein vollständiges Vacuum vorhanden ist. Nach dem Regierungsentwurf kann dieses Vacuum gar nicht eintreten. Es kann in keiner Weise zweifelhaft erscheinen, ein solches Vacuum in das Gesetz hineinzubringen und muß daher die Regierung den größten Werth darauf legen, daß die ursprüngliche Fassung des in zweiter Lesung angenommenen Regierungsentwurfes bestehen bleibt.

Abg. v. Kardorff: Der ganze Streit über diese schwierige und verwickelte Frage wird sich am einfachsten lösen lassen, wenn wir den ersten Absatz des § 83 der Regierungsvorlage ganz streichen und nur den zweiten Absatz, der alles hier allein Maßgebende bereits enthält, annehmen. Es bleibt dann die Frage, in wie fern die in dem Gesetz vom 8. April 1847 bezeichneten Verwaltungsbehörden zur Erhebung des Competenzconflicts befugt sind, ganz unberührt.

Abg. Kallenbach spricht sich in längerer Motivierung für die Aufrechterhaltung der Regierungsvorlage aus, welche allen freisinnigen Anforderungen in dieser Sache vollständig Genüge leiste.

Abg. Windthorst (Vielefeld): Der Vorredner hat die „Freisinnigkeit“ seines Votums zu recht fertigen gesucht und dennoch den Competenzgerichtshof als etwas ganz Vortreffliches bezeichnet. Der Herr Minister des Innern hat mit seiner Annahme Recht, daß wir durch unseren Antrag bewirken, daß für Fälle des Conflicts zwischen ordentlichen Gerichten und Verwaltungsgerichten das Gesetz vom 8. April 1849 maßgebend bleibe. Derselbe Gedanke scheint mir auch dem Antrage des Abg. v. Kardorff zu Grunde zu liegen, den ersten Absatz der Regierungsvorlage zu streichen. (Abg. von Kardorff macht eine zustimmende Bewegung.)

Abg. Kallenbach: Es ist thatsächlich unrichtig, daß ich den Competenzgerichtshof für etwas ganz Vortreffliches erklärt habe. Wir sind wohl Alle darüber einig, denselben nur vorläufig noch zu behalten.

§ 82 wird in der von den Abgg. Miquel u. Gen. vorgeschlagenen Fassung angenommen.

Die §§ 83—90, Einleitung und Ueberschrift des Gesetzes, werden ohne Discussion unanversändert genehmigt und hierauf das ganze Gesetz in besonderer Abstimmung mit den heute vorgenommenen Änderungen definitiv angenommen (gegen das Gesetz stimmen nur die Polen und ein Theil des Centrums).

Es folgt die zweite Beratung des Antrags des Abg. Petri auf Annahme des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Rechte der altkatholischen Kirchengemeinschaften an dem kirchlichen Vermögen.

Dem von dem Referenten Abg. Dr. Wehrenpennig abgefaßten Commissionsbericht liegt eine statistische Uebersicht bei, nach welcher im Jahre 1875 an 36 Orten innerhalb der preussischen Monarchie altkatholische Gemeinden und Vereine mit 17,674 Seelen bestanden, darunter 6143 selbstständige Mitglieder, gegen 4334 im Januar 1874, was einen Zuwachs um 1809 selbstständige Mitglieder in Jahresfrist aufweist.

Der § 1 lautet in der Fassung der Commission: „In denjenigen katholischen Kirchengemeinden, aus welchen einen erheblichen Antheil von Gemeindegliedern einer altkatholischen Gemeinschaft beigetreten ist, wird die Benutzung des kirchlichen Vermögens in der Verwaltungsweise bis auf Weiteres nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen geordnet.“ (Statt der gesperrten Worte hieß es in der Regierungsvorlage: „werden die vermögensrechtlichen Verhältnisse“ u. s. w.)

Zum Wort melden sich 6 Redner, gegen den § 1 b. Schorlemer-Mst. Reichensperger, Windthorst (Meppen) und v. Gerlach; für den § 1 Petri und v. Sybel.

Abg. v. Schorlemer-Mst.: Ich beschränke mich auf wenige Bemerkungen, weil ich der Ansicht bin, daß man sich bei diesem Gesetz nicht zu sehr anzuheben braucht, denn es wird nicht von langer Dauer sein, so wenig wie der ganze Alttholismus. Wenn der Protector Fürst Bismarck seine segnende Hand von ihm ausstreckt, wird es bald mit ihm zu Ende sein. Gegenüber der Fiction des Commissionsberichtes: die Alttholiken wären noch Mitglieder der römisch-katholischen Kirche, sie leugneten nicht die Autorität päpstlicher Concile überhaupt, sondern bestritten nur die Rechtsgiltigkeit und Freiheit der Beschlüsse des Concils von 1870, haben wir wiederholt nachgewiesen, daß sie, nachdem sie einen eigenen Diöcesanverband mit eigener Synodalordnung gebildet haben, mit der römisch-katholischen Kirche nichts mehr zu thun haben und nicht nur die Rechtsgiltigkeit des Concils von 1870, sondern auch katholische Dogmen leugnen. Sie halten das Eölibat nicht aufrecht, der Epäster Hyacinth hat sich verheiratet und nachher noch priesterliche Functionen ausgeübt.

Es ist ein Irrthum, wenn es in dem Commissionsbericht weiter heißt, daß wir durch die Mitbenutzung der Kirchen seitens der Alttholiken aus diesen nicht herausgetrieben würden, vielmehr aus Unberührbarkeit heraus. Der Simultangebrauch einer Kirche durch die Protestanten ist für uns zulässig, weil das Mesopfer nicht dargebracht wird, von den Alttholiken aber wird es sacrilegisch dargebracht. Es wäre für uns höchst verlegend, wenn in unserer Kirche Herr Reinkens oder gar Lojson celebrirte und seine Frau im Chorstuhl säße. Man sollte doch belehrt durch den Rückgang des Alttholismus in der Schweiz noch etwas warten, ehe man dem Alttholismus unter die Arme greift. Ein unparteiisches Organ, die Confederation, das Organ der Freidenker in Genf, sagt: Wir weigern uns, noch länger die ungeheure Mystification des Katholicismus ernstlich zu nehmen, weil wir als Freidenker jede Religion ganz gleich betrachten und nicht einsehen, warum die eine mehr, als die andere begünstigt werden soll, weil wir nicht wollen, daß zu Gunsten einiger hergelauener Geistlichen und einiger fanatischer Genfer das Land ruiniert wird, weil die Intoleranz des Alttholismus alle Grenzen überschritten hat. Wir haben diese Bewegung unterstützt, weil man sie für eine nationale ausgab und in der Hoffnung, daß wir zu einer Menge Seelen gelangen würden. Jemehr die Gläubigen aber zerplittert werden, desto besser für den Staat. Man hat uns in einen abscheulichen Sumpf geführt, man macht uns lächerlich vor den Augen Europas. In § 1 ist die Rede von einer erheblichen Anzahl von Gemeindegliedern, die einer altkatholischen Gemeinschaft beigetreten sind. Nach der dem Bericht angefügten Liste beträgt in ganz Preußen die Zunahme in dem letzten Jahre 1809 Mitglieder, das ist in der That ein ganz außerordentlicher Fortschritt, namentlich wenn man an die Protection des Alttholismus durch die Staatsregierung denkt; es ist ja ein Empfehlungsbrief auf dem Wege des Staatslebens, wenn man sich als Alttholist einschreibt. Dabei ist die Anzahl selbstständiger Mitglieder der altkatholischen Gemeinden in Altendorn

von 40 auf 32, in Braunsberg von 64 auf 50, in Insterburg von 30 auf 20, in Lippstadt von 40 auf 34 zurückgegangen.

Die Zahlen der Listen sind nun aber durchaus nicht zuverlässig. Nach den Feststellungen der Kirchen- und Schulkendatur in Dortmund, die die Zahl der altkatholischen Gemeindeglieder festzustellen in der Lage ist, da diese zu den Schul-, nicht aber zu den Kirchenbedürfnissen beitragen, beträgt die Zahl selbstständiger Alttholiken nicht 339, sondern 204, unter denen sich höchstens 60 befinden, deren Angehörige ebenfalls altkatholisch sind; im Ganzen sind es 414 oder nach Zurechnung des Kreises Dortmund 500 Seelen, während die Liste 1015 angiebt. In Ratibon mit Königshütte beträgt die Anzahl selbstständiger Mitglieder nicht 255, sondern 213 und 7 Frauen, die Seelenzahl überhaupt 400, nicht 1137, da eine Anzahl Gemeindeglieder ihre Kinder protestantisch oder römisch-katholisch erziehen lassen. Der altkatholische Pfarrer Kaminski lud dort 4 Arbeiter zu sich ins Haus, wo auf seine Rechnung getrunken wurde, und nach dem der eine sich stark betrunken hatte, legte ihm der Pfarrer oder sein Schreiber ein Verzeichniß vor, damit er sich als Alttholist einschreibe; nachdem dies geschehen war, erhielt er, wie die anderen, 15 Silbergroschen ausbezahlt. Als er zusammen mit seiner Frau den Tag darauf das Geld mit der Erklärung zurückbrachte, er wolle nicht der altkatholischen Gemeinschaft angehören, wurde die Annahme verweigert und er selbst in dem Wortwechsel mit dem Schreiber von diesem in einem Nebenzimmer eingesperrt, die Frau herausgewiesen. Der Grund soll gewesen sein, daß eine der dortigen Kirchen den Alttholiken überweisen werden sollte, wenn man 200 Unterschriften zusammenbekäme. In einem anderen Falle veranlaßte Kaminski einen stark betrunkenen Bauernarbeiter zur Unterschrift. In Lippstadt beträgt die Zahl der selbstständigen Gemeindeglieder nicht 34, sondern 13 nebst 2 Frauen. Die Liste ist also unzuverlässig. Nach den Beschlüssen der Commission sollen nicht die „vermögensrechtlichen Verhältnisse“, sondern „die Benutzung des kirchlichen Vermögens“ nach den weiteren Gesetzesbestimmungen geordnet werden, damit nicht das Eigentumsrecht verlehrt wird. Die Vertheilung des Einkommens ist ebenso eine Verletzung des Eigentumsrechtes, denn, wenn mir das Einkommen genommen wird, kann es mir gleichgültig sein, ob man mir das Eigentum läßt. Mit der Annahme des § 1 des Entwurfes scheint man in die bisher imaginäre Weltperiode eintreten zu wollen, in der nach den Grundrissen der Sozialdemokratie das Eigentum durch den Staat theilt wird. (Bravo im Centrum.)

Abg. Petri: Es kommt mir nicht entfernt in den Sinn, mich auf die höhnischen und factischen Bemerkungen des Vorredners einzulassen. Wir sind von dieser Seite seit Beginn der Bewegung daran gewöhnt, mit allem, was mit allem Abscheu, mit aller Verfolgung (Ob! im Centrum) behandelt zu werden. Gerade die Art und Weise, wie man von dieser Seite der Bewegung entgegengetreten ist, hat sie uns nur theurer gemacht. M. H.! Wir lehnen nicht nur, wie der Vorredner meinte, die Beschlüsse des Vaticanums ab, sondern auch alles dasjenige, was in Folge des Papstsystems in die katholische Kirche hineingekommen ist. (Hört! hört! im Centrum.) Die Listen, die der Vorredner kritisirte, beruhen auf den offiziellen Listen des Herrn Bischofs Reinkens und diese theils auf den Einzeichnungen, die bei den Vorständen der einzelnen altkatholischen Gemeinschaften, theils auf den Listen, die bei den staatlichen Behörden erfolgt sind. Es ist ja möglich, daß eine Differenz in diesen Listen mit den Angaben des Vorredners erscheint, deren Richtigkeit ich nicht in der Lage bin zu prüfen. Uebrigens zwingt mich der Vorredner leider wieder, hundertmal widerlegte Gründe nochmals zu widerlegen. Es ist das ja eine bekannte ultramontane Taktik, durch fortwährende derartige Wiederholungen und Agitationen das Volk in Aufregung zu erhalten, damit es keine Zeit gewinne, zur Besinnung zu kommen und selbst zu prüfen. Diese fortwährenden Wiederholungen bezwecken nur, das katholische Volk seine geistige Unselbstständigkeit vergessen zu machen. — In dem vorliegenden Streite innerhalb der katholischen Kirche handelt es sich lediglich um die rein factische Frage, ob das Vaticanum, ein legitimes Concil gewesen ist. Wir haben behauptet und in einer großen Reihe von Schriften dargelegt, daß das Vaticanum ein illegitimes Concil gewesen ist und zwar illegitim durch seine Constatirung, seine mangelnde innere und äußere Freiheit. Abgesehen davon, daß der Papst die beiden Geschäftsordnungen vom 27. November 1869 und vom 22. Februar 1870 allein gegeben hat, hat er dieselben selbst gebrochen und unmittelbar nach dem 13. Juli den eigentlichen entscheidenden Satz im Unselbstständigkeitsdogma, die Worte: ex sese, non autem ex consensu ecclesiae eingeschoben, ohne daß vorher eine Debatte darüber stattgefunden hat.

Das ist aber doch offenbar, daß, so lange die Legitimität eines Concils nicht feststeht, die Nichtanerkennung der auf einem solchen Concil gefaßten Beschlüsse nicht als Rekläre betrachtet werden kann. Dies hat selbst der ehemalige Bischof von Paderborn anerkannt. Gleichwohl hat man die Alttholiken von der Kirche ausgeschlossen und ihnen sogar das christliche Begräbniß verweigert. Daß die Alttholiken aber vollberechtigte Mitglieder der katholischen Kirche sind, hat die Regierung, haben alle deutschen Gerichtshöfe anerkannt. Deshalb muß uns der Staat wenigstens einen Nießbrauch an dem vorhandenen Kirchenvermögen gewähren, uns gestatten, daß wir in unseren Gotteshäusern nach unserem Sinn und unserer Weise wieder unseren Gott verehren können. Allerdings betrachten Sie die Mitbenutzung der Kirche seitens der Alttholiken als ein Sacrilegium; Ihre Annahme ist aber falsch, wie ich Ihnen aus Ihren eigenen Autoritäten nachweisen kann. Ferraris sagt in seiner Bibliotheca canonica s. v. altare: „Rein Altar wird dadurch consecrirt, daß Excommunicirte, Interdicirte und Degradirte an ihm celebrirt haben.“ Reiffenstiel sagt in seinem sac canonico universum in seinen Bestimmungen zu den Decretalen I, 16 Nr. 30: „Die Frage ist, ob Altäre consecrirt werden müssen, an welchen degradirte Priester celebrirt haben? Antwort: Nein, denn auf die vorliegende Frage antwortet der Papst in Capitel II. dieses Titels mit folgenden Worten: „Wir antworten, daß wir nicht glauben, daß deswegen die erwähnten Altäre consecrirt werden müssen.“ Der Grund ist, weil durch die Celebration eines Schismatikers oder degradirten Priesters Altäre weder consecrirt noch exsecrirt werden (denn darüber besteht nirgends eine Rechtsvorschrift); daher brauchen sie nicht von Neuem consecrirt oder excommunicirt zu werden; andrerseits würde die frühere Consecration benedicirt oder excommunicirt zu werden; Bon dort wird in Kap. 20 benedicirt werden, welche noch fortbauert. Von dort wird in Kap. 20 dist. 1 de consecratione generell dasselbe gesagt, daß Kirchen — daselbe gilt von Altären, priesterlichen Gewändern u. dergl. — nicht zu consecriren sind, außer in den im Rechte ausdrücklich bestimmten Fällen.“ Ich gebe Ihnen zu, es ist ein kirchenrechtlicher Grund, daß Katholiken den von einem excommunicirten Priester vorgenommenen Functionen nicht beizuhören und Excommunicirte von der Theilnahme an der Messe ausgeschlossen sein sollen. Wir wollen aber auch nicht gleichzeitig, sondern nach einander Messe halten. Dieser Einwand entspringt also nur aus Unberührbarkeit (Widerstand im Centrum) oder, wenn Sie (zum Centrum) das nicht zugeben wollen, sprich Angst vor dieser Minorität (Gelächter im Centrum), wozu Sie allerdings allen Grund haben.

Es gehören in der That noch Tausende zu uns, die sich nicht offen zu uns bekennen, aus dem einfachen Grunde, weil es ihnen gerade in Ermangelung des jetzt beantragten Gesetzes an dem erforderlichen Muth gebricht. Auch in den Massen ist der Boden vollständig bereitet und über kurz oder lang wird die altkatholische Saat aufgehen. Unserem deutschen Katholischen Volke werden die Schuppen schon von den Augen fallen, die Künste, mit welchen die Jesuiten diese falsche Lehre bei uns einzuführen suchten, werden ewig verhalten; man ist soweit gegangen, sogar Bibelstellen abfälschend zu fälschen. (Wut! im Centrum.) In dem Katechismus für den Jugend- und Volksunterricht in der Erzdiöcese Köln steht auf Seite 69 die Frage: „Von wem haben wir die Versicherung, daß das kirchliche Lehramt nicht irren kann?“ Die Antwort ist: „Von Christus selbst, der uns die dreifache Verheißung gegeben hat.“ Für diese sind die bekannten Stellen Matth. 28, 20 und Johannes 14, 16 und 17 angeführt; in beiden Stellen kommt das „et“ „quod“ vor, das, wie jeder Quarianer weiß, „bei end“, d. h. bei der Gemeinde bedeutet. In dem genannten Katechismus aber werden diese Worte mit „bei ihm“ (dem Lehramte) überseht. Meinen Sie, daß das katholische Volk sich ewig mit solchen Fälschungen wird täuschen lassen? (Ob! im Centrum.) Ich will Ihnen überhaupt bei dieser Gelegenheit ein offenes und ehrliches Wort sagen. Sie sprechen so oft Ihr Bedauern aus über den Zwist und den Unfrieden in der katholischen Kirche und in unserm ganzen

Staate und Ihre Sehnsucht zum Frieden. M. H., Sie und nur Sie allein haben diesen Frieden in den Händen. Ich glaube es Ihnen, daß Sie sich aufrichtig dem Vatikan unterwerfen haben, aber ist eine derartige stille und stumme Resignation der rechte christliche Glaube? (Ja wohl! im Centrum.) Oder wollen Sie vielleicht behaupten, daß Sie in der That von der inneren Wahrheit dieser vatikanischen Beschlüsse überzeugt sind, daß Sie mit der Kraft der Ueberzeugung daran hängen, mit welcher das Kind den Worten seiner Mutter lauscht? (Ja wohl! im Centrum.) Und wenn Sie mir das hundert Mal sagen, ich glaube es Ihnen nicht. Wenn Sie ernstlich den Frieden wollen, so helfen Sie uns die römischen Ketten abschütteln und die katholische Kirche reinigen. Treten Sie zu uns, dann wird der Friede mit einem Schlage in 24 Stunden hergestellt sein. (Bravo! links.)

Ab. Reichensperger: Die Alt-katholiken verlangen, an den Rechten und Vortheilen, aber nicht an den Pflichten theilzunehmen, welche die Mitgliedschaft zu einer Gemeinschaft mit sich bringt. Abg. Petri hat als Grund für die geringe Macht und Zahl der Alt-katholiken angeführt, daß, so lange dieser Entwurf nicht Gesetz sei, es vielen Katholiken an Muth fehle, aus der römisch-katholischen Kirche auszutreten. Thatsächlich haben es aber die Katholiken nicht an Muth fehlen lassen selbst gegenüber den schwierigsten Lagen, welche durch immer neue Maßnahmen der Regierung ihnen bereitet wurden. Dieser Entwurf enthält einen Eingriff in das Eigenthumsrecht der katholischen Gemeinden. Bisher stand das Eigenthum unter dem Schutze der Gerichte und die Frage, ob das Eigenthum durch Gesetz aberkannt werden dürfe, war noch nicht gemeinen Rechts. Die Bestimmung des § 1, wonach die Benutzung des kirchlichen Vermögens in denjenigen katholischen Kirchengemeinden im Verwaltungsweise geordnet werden soll, aus welchen eine „erhebliche“ Anzahl von Gemeinde-Mitgliedern einer alt-katholischen Gemeinde beigetreten ist, giebt den Verwaltungsbehörden sehr viel Spielraum und deshalb wollten selbst Mitglieder der national-liberalen Partei, daß man statt des unbestimmten Begriffs „erhebliche Anzahl“ einen bestimmten Bruchtheil festsetze. Die Commission entschied sich nicht dafür, denn sonst hätte man entweder den Zweck des Entwurfs nicht erreicht oder einen Bruchtheil festsetzen müssen, der geradezu der Lächerlichkeit verfallen sein würde. Ein Normalatz, welcher für die Ermittlung der Zahl der Alt-katholiken maßgebend sei, ist nicht festgesetzt und dadurch der Spielraum der Verwaltungs-Verfahren noch mehr erweitert. Der Abg. Petri hat von Unberücksichtigung, von Angst aus unserer Seite gesprochen; es handelt sich aber nicht um persönliche Gegensätze, sondern um Principien. Ueber die Art und das Maß der Neutralität der Regierung gegenüber den Alt-katholiken will ich kein Wort verlieren; hat doch die Regierung durch Bewilligung einer beträchtlichen Summe „für einen neuen katholischen Bischof“ ihre Stimmung genügend dokumentirt. Thatsächlich befinden sich die Alt-katholiken nicht mehr innerhalb der katholischen Kirche. Das Dogma vom dem unfehlbaren Lehramt des Papstes ist formell rite zu Stande gekommen, denn die neue Geschäftsordnung war keine Beeinträchtigung der Freiheit des Concils.

Er spricht man hier etwa von Beeinträchtigung der Freiheit, wenn auf Grund der Geschäftsordnung der Schluss der Debatte herbeigeführt wird? Ob Abg. Petri den jüngsten Concilsbeschluss und überhaupt rite zu Stande gekommene Concilsbeschlüsse acceptirt, ist seine Sache; wenn er sie aber nicht anerkennt, so verkehrt er die Bedingungen für die Angehörigkeit zu einer katholischen Gemeinde und steht auf dem protestantischen Standpunkte der subjectiven Individualität, der innerhalb der katholischen Kirche keinen Raum findet. Prof. Dove definiert in seiner Ausgabe des Richter'schen Lehrbuchs des Kirchenrechts die Kirche als die Gemeinschaft derjenigen, welche durch das Bekenntnis desselben Glaubens und den Gebrauch derselben Sacramente unter einem sichtbaren Oberhaupt, dem des Papstes vereinigt sind. Die Alt-katholiken, die einen anderen Glauben haben, gehören also nicht zu der katholischen Kirche und wir wollen sie auch gar nicht in derselben festhalten. Die Reformatoren haben in ihrem Gegensatz zu dem Papstsystem neue Normen und eine neue Verfassung aufgestellt; so sollten auch die Alt-katholiken offen bekennen, daß sie außerhalb der katholischen Kirche stehen. Diejenigen, welche vor 1870 die Lehre von der Infallibilität angenommen haben, sind aus der Kirchengemeinschaft deshalb nicht ausgeschlossen worden, weil die Lehre bis dahin dogmatisch noch nicht definiert war. Abweichungen von bestimmten Meinungen sind aber auch nach dem Landrecht keine dogmatischen Gegensätze. Früher wurde von einer protestantischen Minderheit der Grundriss aufgestellt, daß man in Religionsachen per majora entscheiden solle. Jetzt ist die protestantische Majorität anderer Meinung und es ist hohe Zeit, daß sie von dem jetzt eingeschlagenen Wege wieder umkehrt.

Referent Wehrenpennig: Der Grundriss, daß in Religionsachen nicht per majora entschieden werden solle, ist ein ganz richtiger, und wenn es sich hier um Interna irgend einer Religionsgesellschaft handelte, würden wir uns damit nicht befassen; es handelt sich aber nur um die Ordnung der Rechtsverhältnisse zweier Theile derselben Religionsgemeinschaft. Der Vorredner hat gemeint, dieses Gesetz verleihe die Grundzüge des Patens von 1847; er wird wohl auf der linken Seite dieses Hauses wenig Freunde dieses Patens finden, welches ja der Entwicklung neuer Religionsgesellschaften hindernd entgegengetreten sollte. Der Abg. v. Schorlemer-Alst hat von einer Fiction gesprochen, die der Commissionsbericht macht, diese Fiction ist gemeint vom Staate Preußen, von der Regierung und der Krone durch Anerkennung des Bischofs Meintens, durch die beiden legislativen Factoren, diese Fiction ist aufrecht erhalten von dem obersten Gerichtshof, vom Staate Baden und seinen Gerichtshöfen, von Hefen-Darmstadt, vom Professor von Bögl, der das bairische Gutachten abgefaßt hat. Mit dem Landrecht hat sich der Vorredner leicht abgefunden, indem er sagte, vor 1870 war die Unfehlbarkeit ein nicht festes Dogma, sondern eine Schulmeinung, nach 1870 ist sie eine göttliche Wahrheit geworden. Wie sich eine Schulmeinung plötzlich in eine göttliche Wahrheit verwandeln kann, ist mir nicht ganz begreiflich. (Bewegung im Centrum.) Ich will nur auf einige andere Paragraphen des Landrechts hinweisen, wonach keine Kirchen-Gesellschaft ihren Mitgliedern gegen ihre Ueberzeugung Glaubenssätze auferlegen darf; wenn aber die Rechtmäßigkeit der Ausschlößung ein Streit entsteht, so entscheidet der Staat; das ist heute der Fall; wir als Gesetzgeber entscheiden den Streit, indem wir die Alt-katholiken als einen Theil der Gesamtheit der katholischen Kirche anerkennen.

Wenn nun der Vorredner meinte, über Eigenthum erkennt man doch durch gerichtlichen Ausspruch, nicht durch Gesetz; es handelt sich aber doch nicht um Privatrechte, sondern um öffentliche Rechte, über die man nicht aburtheilen kann, bis sie nicht durch Gesetz geordnet sind. Wenn gegen die Mitbenutzung der Kirchen-Gebäude, und Bewohnungsbedürfnissen bestanden, so müßte es allerdings bedenklich erscheinen, auf diesen Gegenstand einzugehen. Daß dieser Fall nicht vorliegt, hat schon der Cultusminister bei der ersten Lesung nachgewiesen, indem er die Correspondenz mit dem Probst Namcjanowski verlas; man hält die Mitbenutzung nur für unpraktisch und unzumuthig, weil die Einfaltigen zum Abfall verleitet werden könnten. Wenn uns übrigens vorgeworfen wird, wir führten den Socialismus ein, so muß ich bemerken, daß man denselben dann im 16. Jahrhundert in noch viel höherem Maße eingeführt hat. Ich bitte Sie den § 1 anzunehmen, gegen welchen übrigens in der Discussion kein Grund angeführt ist.

§ 1 wird darauf angenommen.

§ 2 lautet: „Der alt-katholischen Gemeinschaft wird der Mitgebrauch der Kirche und des Kirchhofes eingeräumt. Sind mehrere Kirchen (Kapellen u.) vorhanden, so kann eine Gebrauchs-theilung nach bestimmten Objecten verfügt werden. Die nämliche Gebrauchs-theilung findet bezüglich der kirchlichen Geräthschaften statt. Ist der alt-katholischen Gemeinschaft die Mehrheit der Gemeindeglieder beigetreten, so steht der Gemeinschaft der Mitgebrauch der Kirche in den zur Abhaltung des Hauptgottesdienstes herkömmlich bestimmten Stunden, bei mehreren Kirchen der Gebrauch der Hauptkirche zu.“

Abg. Windthorst (Meppen): Wenn ich gegen dieses Gesetz stimme, so thue ich es nicht, um dem Alt-katholicismus die Möglichkeit zu entziehen, sich einen geordneten Gottesdienst zu verschaffen; wenn eine genügende Anzahl von Gemeindegliedern vorhanden ist, so haben sie, wie jede andere bedürftige Religionsgemeinschaft, einen Anspruch auf Staatsunterstützung. Aber was ist denn nun ein Mitglied der alt-katholischen Kirchengemeinschaft? Der Alt-katholicismus stammt nicht erst aus der Zeit nach der Verkündigung des vatikanischen Decretes, sondern datirt seinen Ursprung aus dem Jahre 1863 und war seiner Zeit nichts anderes als eine Filiale des Nationalvereins. (Gelächter.) Derselbe hatte im December 1863 hohe politische Ziele vor Augen und so wurde zu Frankfurt am 30. September das Programm des Protestantenvereins gemacht; am 2. October erschien das Manifest eines religiösen Reformvereins, der zu einem Zusammenwirken des religiösen Fortschritts aus den verschiedensten Confessionen aufforderte. Diese Sache wollte nicht gehen, man sagte sie also mehr confessionell an und gründete den Alt-katholicismus, der dieselbe Bewegung in der katholischen Kirche darstellt, wie der Protestantismus in der evangelischen. Die Schaar der Alt-katholiken erhielt einen Zug von Professoren und anderen gelehrten Männern; die Herren kamen in Mänteln zusammen, verwarfen damals schon die Autorität der Concilien in Glaubenssachen. (Rufe: § 2! zur Sache!) Ich habe hier zu erklären, wer gehört zur alt-katholischen Gemeinschaft; ich kann den Begriff nicht finden. (Heiterkeit.) Man ging damals wie heute auch immer weiter zurück; die Herren werden heute auch noch bis auf die Väster Wöls zurückgehen; auch diese werden noch abgethan werden, weil sie ja mit der Naturwissenschaft nicht recht übereinstimmen. Das Bekenntnis der Herren ist

nirgends zu lesen, ein symbolisches Buch oder ein Katechismus existirt noch nicht. Und trotzdem will man ihnen Rechte einräumen, die noch niemals einer Secte eingeräumt sind. Die Aeußerungen des Abg. Petri beweisen aber, daß er viel weiter geht, als bloß die vatikanischen Beschlüsse zu verwerten.

Der Abg. Windthorst (Meppelfeld) hat gesagt, daß er zwar die Dogmen der katholischen Kirche kenne, aber nicht anerkenne; vielleicht gehört er jetzt auch schon zu den Alt-katholiken (Abg. Petri: Ja). Ich will doch abwarten, was der Abg. Windthorst selbst sagt; ich weiß nicht, ob der Abg. Petri sein Bedauern ist. (Heiterkeit.) An welchem Kriterium soll der Cultusminister die Alt-katholiken erkennen? Wie können die Herren behaupten, daß sie noch der römisch-katholischen Kirche angehören, deren Hauptprincip, den Primat des apostolischen Stuhles sie leugnen? die einen Bischof wählen, ohne davon in Rom auch nur eine Anzeige zu machen? Ich kann nur an die Worte erinnern, die Dollinger 1863 bei der damaligen alt-katholischen Versammlung in München sprach: wenn man einer Kirche angehören wolle, müsse man sie auch in ihrem gegenwärtigen Bestande anerkennen. Jedenfalls aber werden Sie doch zugeben müssen, daß eine Gesellschaft selbst zu bestimmen hat, wer ihr angehört. Die Regierung hat den Entwurf nicht vorgelegt, sie hat es verstanden, ihn aus dem Hause heraus beantragen zu lassen; die Herren Regierungskommissare traten aber in der Commission für den Entwurf ein, daß man sie wohl für die intellektuellen Urheber des Gesetzes halten konnte. Jetzt kommt das Gesetz aus dem Hause, das läßt einen gewissen Druck. — Weiter will ich nichts sagen. So lange die Alt-katholiken sich als Mitglieder des Hauses betrachten, welches sie verbrennen wollen, kann ihnen ein Mitgebrauch der Kirchen nicht eingeräumt werden; das würde nur zu einer ungeheuren Begriffsverwirrung führen; es kommt mir vor, als ob sie sich in Schiffspejeln in unsere Heerde schleichen wollten, um, wenn sie drin sind, zu sehen, was sie können. Weil sie kein weitervererbendes Princip haben, sondern nur in der Negation einig sind, weil sie nur Offiziere ohne Volk haben, soll ihnen die Regierung zu dem Volke helfen (Sehr gut! im Centrum) und die Regierung scheint sehr geneigt zu sein, die Aushebungscommission für die neuen Rekruten zu bilden. (Heiterkeit. Rufe zur Sache!)

Präsident v. Bennigsen: Ich glaube allerdings, daß der Redner bei der Sache ist; er spricht davon, daß er ein Kriterium für den Alt-katholicismus nicht finden und unbekannten, nicht näher zu bestimmenden Leuten keine Rechte gewähren wolle.

Abg. Windthorst (Meppen): Ich danke dem Herrn Präsidenten für die Erklärung; so deutlich habe ich es nicht sagen können. Ich muß Sie also bitten, den § 2 abzulehnen, da der Minister kein Kriterium für die Alt-katholiken hat.

Abg. Windthorst (Meppelfeld): Ich spreche dem Vorredner meinen Dank für die Wägung aus, deren er sich heute befleißigt hat; er wird daran erkennen, an welche Verleumdungen wir Alt-katholiken gewöhnt sind. Er hat erklärt, er sei gern bereit, den Alt-katholiken eine staatliche Unterstützung, wenn sie deren bedürfen, auszuwirken, aber wir fordern keine Gnade, sondern unser gutes Recht. Der Abgeordnete für Meppen hat dann gefragt, wie denn festgestellt werden sollte, wer Mitglied einer alt-katholischen Gemeinde sei. Ich antworte ihm, daß er das nur uns überlassen möge. Das dafür erforderliche religiöse Glaubensbekenntnis ist ein Internum, das hier nicht zu erörtern braucht; was das politische Glaubensbekenntnis der Alt-katholiken betrifft, so wollen sie keine Herrschaft des Papstes über Deutschland und keine Herrschaft der Unfehlbarkeit über die deutschen Gewissen. Den Vergleich mit dem National-Verein will ich mir gefallen lassen, ich hoffe, die alt-katholische Bewegung wird einst gleiche Erfolge wie der National-Verein aufzuweisen haben; aber auch der Gleichstellung mit dem Protestantenverein haben wir uns nicht zu schämen. Wie jener stützen wir uns auf Vernunft und Wissenschaft zur Bekämpfung des Aberglaubens.

Heute sicherte Ihnen noch die Tragheit der Massen, die Organisation ihrer Priesterkastei, der unerhörte Terrorismus, den sie übt, und die Frauen, welche, unbekannt aller sonstigen Vorzüge des schwächeren Geschlechts, Vernunftgründen weit weniger zugänglich sind, als wir Männer die Mehrheit, aber wir hoffen nicht für immer. Dieselben Gründe, welche uns zur Opposition gegen das Vaticanum veranlassen, nöthigen uns auch gegen das Tridentinum vorzugehen. (Alal im Centrum.) Um dem Papste die Mehrheit in Trident zu sichern, wurde eine große Menge unbärtiger Prälaten — das ist ja jetzt Regel geworden — zu Bischöfen ernannt, die der kaiserliche Rath Sulpicius mit Dufelsäden verglich, die erst mit Wind angefüllt werden mußten, ehe sie einen Ton von sich geben könnten. (Heiterkeit links.) Endlich hat uns der Abgeordnete für Meppen gefragt, ob wir denn die Bischöfe, z. B. den von Limburg, als solche anerkennen. Ich erwiderte ihm: Heute sind die Bischöfe allerdings in unseren Augen Keger, wir werden sie anerkennen, wenn sie wieder vernünftige Menschen sein werden. (Große Heiterkeit links.)

Referent Abg. Wehrenpennig: Der Abgeordnete für Meppen hat nichts vorgebracht, was widerlegendwerth wäre, ich bitte um Annahme des Paragraphen 2.

Derselbe wird hierauf angenommen.

§ 3 lautet: Tritt ein Präbendeninhaber der alt-katholischen Gemeinschaft bei, so bleibt er im Besitz und Genuß der Präbende. Bei Erledigung der Präbende wird dieselbe im Fall des § 2, Abs. 3, der alt-katholischen Gemeinschaft überwiesen. Sind mehrere Präbenden vorhanden, so kann bei deren Erledigung mit Rücksicht auf das Zahlverhältniß beider Theile eine Genußtheilung nach bestimmten Präbenden verfügt werden.

Abg. v. Schorlemer-Alst: Hätte man gerecht sein wollen, so wäre es kein Verdrüssiges, auch die Präbende zu theilen. Hätte der alt-katholische Geistliche 10 Schäflein von Hundert, warum erhält er nicht 10 Prozent des Einkommens? Aber man hat das nicht gethan, weil man eben eine Prämie auf den Abfall setzen wollte. Die Motive haben es für überflüssig gehalten, Bestimmungen darüber zu treffen, wie es zu halten ist, wenn ein alt-katholischer Geistlicher wieder zum römisch-katholischen Glauben zurückkehrt, und ich bin neugierig, wie sich ein solcher Schritt in der Praxis machen wird.

Referent Abg. Wehrenpennig: In der Commission und bei den Vertretern der Regierung herrschte Einigkeit darüber, daß er dann im Besitz seiner Präbende bleibe.

§ 3 wird angenommen; ein vom Centrum um 4 Uhr gestellter Vertagungsantrag abgelehnt.

§ 4 lautet: An dem übrigen zu kirchlichen Zwecken bestimmten Vermögen, wird der alt-katholischen Gemeinschaft mit Rücksicht auf das Zahlverhältniß beider Theile, der Wittgenß eingeräumt.

Umsaht die alt-katholische Gemeinschaft die Mehrheit der Gemeindeglieder und ist die Zahl der übrigen Gemeindeglieder nicht mehr erheblich, so kann die Einräumung des vollen Genußes an die Gemeinschaft verfügt werden. Gleichzeitig hat in diesem Falle eine Neuwahl des Kirchen-Vorstandes und der Gemeindevertretung stattzufinden.

Abg. v. Schorlemer-Alst: Eine größere Ungerechtigkeit, als dieser Paragraph enthält, ist gar nicht denkbar. Eine Minderheit von 2—6 alt-katholischen Mitgliedern wird natürlich erheblich genug sein, um denselben die Wohlthaten der §§ 1 und 2 zukommen zu lassen, sollten die Alt-katholiken aber einmal die Mehrheit von einer Gemeinde haben, so wird sicher die katholische Minderheit nicht mehr erheblich sein. (Widerpruch links.) Das hängt lediglich vom Oberpräsidenten ab, und wer weiß, ob wir nicht einmal einen alt-katholischen Oberpräsidenten haben werden? Ich ersehe aus dem Commissionsbericht, daß man, um die Stärke der Alt-katholiken in einer Gemeinde festzustellen, eine geheime Abstimmung vorgeschlagen hatte — ein recht schönes Zeugnis für den Bekenntnismuth der Alt-katholiken.

Abg. v. Sybel: Ich hatte in der Commission anfangs eine öffentliche Abstimmung beantragt, weil ich es für eine unbillige Bevorzugung der vatikanisch-katholischen Kirche halte, ihr alle diejenigen Zugewinne, die sich nur darum schweigend verhalten, weil ihnen der Alt-katholicismus nicht weit genug geht. Diese sagen sich: ich kann nichts dafür, daß ich römisch-katholisch getauft bin, ich habe aber gar keine Veranlassung, aus meiner Passivität herauszutreten, um mein dogmatisches Einverständnis mit den Alt-katholiken zu erklären. Die Zahl dieser Personen ist unter der gebildeten städtischen Bevölkerung sehr groß, und es ist ungerecht, sie auf Ihr Konto (zum Centrum) zu schreiben. Regierungsgewalt wurde meinem Antrage widersprochen, weil Niemand zu einem Glaubensbekenntnis gezwungen werden könnte, und als ich darauf erst die geheime Abstimmung vorschlug, auch diese Proposition für inacceptabel erklärte. Es blieb mir noch nur übrig, von meinem Antrage Abstand zu nehmen. Dem Abg. Windthorst muß ich übrigens erwidern, daß der Alt-katholicismus sich nicht lediglich negativ verhält. Hat derselbe auch keine Fäulung mit dem Protestantenverein erhalten, so doch um so mehr mit den russischen und anglikanischen Bischöfen. Der § 4 selbst ist die natürliche Parallele zu § 1, eine Ungerechtigkeit kann man nur mit Hilfe einer Verdrängung des Oberpräsidenten herausfinden.

Referent Abg. Wehrenpennig: Es ist wirklich haarsträubend, hier eine Ungerechtigkeit zu sehen. Ist die Zahl der Alt-katholiken erheblich, so erhalten sie die in § 1 enthaltenen Rechte, und hört die Zahl der römisch-katholischen Mitglieder auf, erheblich zu sein, so erlöschen diese Rechte. Sollte ein Oberpräsident nach anderen Grundrissen verfahren, so würden Sie das ganze Haus aus Ihrer Seite haben.

§ 4 wird angenommen und der vom Centrum wiederholte Vertagungsantrag abermals abgelehnt.

§ 5 lautet: Alt-katholische Gemeinschaften im Sinne dieses Gesetzes sind sowohl die zu gottesdienstlichen Zwecken gebildeten alt-katholischen Vereine, sofern dieselben von dem Oberpräsidenten als kirchlich organisiert anerkannt worden sind, als auch die alt-katholischen Parochien. Die Mitglieder der alt-katholischen Parochien bleiben verpflichtet, zu der Unterhaltung der Kirche, des Kirchhofes und der sonstigen Vermögensstücke beizutragen, deren Benutzung ihnen nach den §§ 2 bis 4 dieses Gesetzes zusteht.

Abg. Windthorst (Meppen): Wir haben nach der Fassung und durch die Geschichte einen unzweifelhaften Anspruch darauf, römisch-katholisch genannt zu werden, und wir müssen erwarten, daß die Regierung uns in diesem Titel, auf den wir hohen Werth legen, schützt. Ein Titel für die Alt-katholiken soll noch erst erunden werden; wählen Sie sich, welchen Sie wollen, aber auf diesen haben Sie kein Recht. Nach diesem Paragraphen würde es jeder kleinen Gesellschaft etwa von fünf Alt-katholiken hier in Berlin möglich sein, für Geld Tausende von Einwohnern zu bestimmen, sich eine Zeit lang Alt-katholiken zu nennen, mit der Liste dieser so Gewonnenen zum Cultusminister zu gehen und uns die Hedwigskirche zu nehmen. Es ist unerhört, daß man vom Staate verlangt, einer zusammengekauften Menge, die sich bloß alt-katholisch nennt, öffentliches Eigenthum zu bewilligen. Wir müssen verlangen, daß die Herren doch wenigstens ein festes und bestimmtes Merkmal und Symbol haben, woran man sie erkennen kann. Alles wird wieder durch diesen Paragraphen dem Belieben der Oberpräsidenten anheimgestellt. Die Oberpräsidenten in Preußen sind jetzt interconfessionelle Bischöfe geworden.

Berichterstatter erklärt, daß in diesem Paragraphen ausdrücklich nur von Mitgliedern die Rede sei, die der katholischen Kirchengemeinde angehören, daß somit die vom Vorredner gezogene Schlussfolgerung durchaus hinfällig sei.

§ 5 wird angenommen.

Desgleichen § 6: Ueber die Art und den Umfang der den alt-katholischen Gemeinschaften nach den §§ 2—5 dieses Gesetzes einzuräumenden Rechte entscheidet der Oberpräsident. Gegen die Entscheidung des Oberpräsidenten steht die Berufung an den Minister der geistlichen Angelegenheiten offen. Die Entscheidungen sind im Verwaltungsweise vollstreckbar.

Vom Centrum werden wiederholt nach jedem Paragraphen Vertagungsanträge gestellt, die das Haus ablehnt.

§ 7 lautet: In den Eigentumsverhältnissen des kirchlichen Vermögens tritt durch dieses Gesetz keine Aenderung ein.

Abg. v. Heeremann spricht unter großer Unruhe des Hauses gegen den Paragraphen und wird, da er auf die Entstehung der alt-katholischen Bewegung des Weiteren zurückgeht, schließlich vom Präsidenten zur Sache verwiesen.

§ 7 wird angenommen.

§ 8: Gemeindeglieder im Sinne dieses Gesetzes sind alle männlichen, volljährigen, selbstständigen Katholiken, welche in der katholischen Kirchengemeinde wohnen. Selbstständig sind diejenigen, welche einen eigenen Hausstand haben, oder ein öffentliches Amt bekleiden, oder ein eigenes Geschäft oder als Mitglied einer Familie deren Geschäft führen und weber unter Vormundschaft noch unter Pflegschaft stehen.

Abg. Hüffer: Es ist unzweifelhaft, daß das Vermögen, über welches in diesem ganzen Gesetze verfügt werden soll, der römisch-katholischen Kirche angehört. Die Alt-katholiken halten sich selbst nicht mehr für Mitglieder der römisch-katholischen Kirche, sie können daher rechtlich auch nicht Gemeindeglieder im Sinne dieses Gesetzes sein. Wägen dieselben von dem Veruche absteigen, sich an dem Gute der römisch-katholischen Kirche zu vergreifen.

§ 8 und ebenso die Schlussbestimmung in § 9 sowie Titel und Eingang des Gesetzes werden hierauf angenommen.

Damit ist die zweite Vertagung dieses Gesetzes erledigt. — Vor Schluss der Sitzung fragt Abgeordneter Windthorst (Meppen) den Präsidenten an, ob von der Cassirung der Wahl der beiden hohenzollernischen Abgeordneten der Regierung Mittheilung gemacht sei. Man wolle die Neuwahl solcher Wahlen in ganz unverantwortlicher Weise hinauszuziehen und zu verzögern. Der Präsident erwidert, daß noch an demselben Tage, an dem der Beschluss erfolgte, der Regierung die Mittheilung davon zugegangen sei.

Schluss 5 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr. (Wahl eines Mitgliedes der Centralcommission für die Regelung der Grundsteuer in den neuen Provinzen an Stelle des verstorbenen Abg. Born und zweite Vertagung des Gesetzes über die Schulmolekulanen.)

Berlin, 3. Mai. [Amittags.] Se. Majestät der Kaiser haben den Gemeinderath Meyer, Cultusbesitzer und Bierbrauer zu Ruffsch im Bezirk Ober-Elsch, zum ersten Beigeordneten dieser Gemeinde, und den Gemeinderath Christmann, Banquier und Cultusbesitzer zu Münster, in demselben Bezirk zum ersten Beigeordneten daselbst ernannt.

Se. Majestät der König hat den Grafen von Elb auf Burg Elb im Kreise Mayen zum Schloßhauptmann von Homburg ernannt.

Der Regierungskassirer, Rechnungsrath Dewitz aus Marienwerder ist zum zweiten Kassirer der General-Staatskasse ernannt worden.

Dem Gutsirich C. Weissenborn zu Erfurt ist unter dem 30. April d. J. ein Patent auf eine Vorrichtung an Regelbahnen zum Aufstellen der Regel und Zurückfahren der Regel auf drei Jahre erteilt worden.

Berlin, 3. Mai. [Se. Majestät der Kaiser und Königin] trafen heute früh 8 1/2 Uhr von Wiesbaden auf dem Potsdamer Bahnhofe hier ein und wurden daselbst durch Se. königliche Hoheit den Prinzen Friedrich Carl, den Commandanten General von Neumann und den Polizei-Präsidenten von Madai empfangen. Später hörten Se. Majestät die Vorträge der Hofmarschälle und empfingen den Commandeur der 19. Division, General-Lieutenant von Strubberg und den Oberst-Kammerer Grafen Redern.

Um 1 1/2 Uhr Nachmittags empfingen Allerhöchstdieselben den Besuch Ihrer königlichen Hoheiten des Prinzen und der Prinzessin Carl. [Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] war vorgeföhrt in dem dreihundertsten Sinfonie-Concert der königlichen Kapelle anwesend. Gestern wohnte Ihre Majestät dem Gottesdienste im Elisabeth-Stankenhausen bei.

(Reichsanz.) Gewinn-Liste der 4. Classe 151. Königl. Preuss. Classen-Lotterie. Nach dem Bericht von Engel Nachfolger, Friedrichstr. 168, ohne Gewähr.

Bei der heute beendigten Ziehung sind folgende Nummern gezogen worden:

Der erste Hauptgewinn zu 450.000 M. auf Nr. 13.186.
2 Gewinne zu 6000 M. auf Nr. 12.903 und 47.333.
49 Gewinne zu 3000 M. auf Nr. 260. 3740. 5104. 5391. 8540. 9259. 10.162. 12.890. 15.938. 18.620. 20.927. 21.001. 21.448. 21.608. 22.853. 23.355. 25.382. 25.668. 27.145. 27.648. 28.617. 28.949. 29.671. 30.601. 32.548. 34.732. 37.519. 41.238. 42.754. 43.396. 44.251. 46.429. 46.957. 48.038. 48.977. 54.033. 54.952. 63.284. 65.156. 68.245. 70.859. 76.118. 79.775. 82.635. 85.240. 86.841. 87.123. 91.961 und 93.386.
63 Gewinne zu 1500 M. auf Nr. 442. 740. 4775. 8046. 8052. 8586. 8685. 9397. 10.547. 19.943. 21.016. 23.247. 24.684. 24.903. 25.763. 27.167. 29.149. 29.992. 30.468. 32.347. 32.943. 33.832. 37.706. 40.870. 42.242. 42.963. 44.535. 49.843. 53.931. 54.797. 55.617. 55.897. 58.636. 58.754. 59.904. 65.566. 66.435. 66.466. 66.797. 68.407. 69.078. 69.367. 69.689. 70.210. 70.548. 72.069. 73.209. 73.379. 74.402. 75.745. 76.138. 76.617. 76.713. 79.149. 85.222. 85.330. 85.489. 87.766. 88.107. 91.209. 91.371. 92.109 und 94.550.
77 Gewinne zu 600 M. auf Nr. 135. 210. 337. 379. 718. 794. 10.001. 10.600. 11.596. 11.801. 15.935. 16.760. 17.029. 17.307. 17.985. 18.042. 19.605. 20.035. 20.548. 20.609. 22.336. 22.534. 24.498. 25.543. 27.891. 28.169. 29.043. 29.240. 29.761. 30.436. 30.959. 31.467. 33.099. 35.118. 35.242. 37.712. 40.406. 42.478. 46.391. 47.428. 48.635. 48.757. 49.336. 49.825. 49.965. 51.298. 51.938. 52.123. 54.080. 54.448. 55.407. 56.019. 58.080. 62.156. 62.768. 65.673. 66.060. 68.055. 68.645. 69.211. 73.780. 75.302. 76.246. 76.395. 76.985. 77.926. 79.234. 82.403. 89.470. 89.617. 90.292. 91.366. 91.889. 93.341. 93.942. 94.442 und 94.860.
Gewinne zu 210 Mark. Für die Gewinne zu 300 Mark sind in Parenthese beigefügt.)
2. 67 (300). 73. 79 (300). 94. 223. 352. 86. 490. 538. 767. 93. 840. 42. 53. 996. 1075. 84. 154. 212. 43. 71. 86. 539 (300). 40. 41. 82. 611. 28. 56 (300). 74. 775. 909. 70. 2108 (300). 267. 593. 413. 77 (300). 515. 92. 98. 630. 31. 708. 27. 811. 44. 49. 933. 3067. 79. 109 (300). 212. 23. 345. 76. 438. 61. 512. 96. 644. 90. 714. 24. 46. 810. 29. 65. 79. 943. 48. 51. 63. 98. 4033. 35. 106. 28. 76. 87. 266. 328. 70 (300). 72. 79. 82. 85. 93. 415. 25. 42. 54. 527. 44. 54. 89. 622. 27. 93. 795. 856. 65. 98. 5019. 202. 23. 412. 41. 50. 578. 87. 98. 674. 701. 49. 804 (300). 61. 83. 903. 59. 6008. 49. 66. 103. 28. 86 (300). 233. 64. 410. 92 (300). 505. 666. 713. 23. 39. 55. 820. 55.

Table with multiple columns of numbers, likely a lottery or statistical table. Includes sections like '20.016', '30.014', '40.049', '50.020', '60.149', '70.033', '80.073', '90.075'.

© Berlin, 3. Mai. [Die letzten kirchlich-staatlichen Maßregeln.] Nachdem nunmehr der Gesetzentwurf über die Aufhebung der Klöster zur Vorlage gelangt ist, wird es nicht überflüssig sein, gegenüber den mannichfachen Gerüchten über den Gang der Vorverhandlungen noch einige bestimmtere Daten festzustellen. Den Ausgangspunkt bildete bekanntlich die päpstliche Encyclica vom Februar. In Folge derselben wurde im Staatsministerium die Nothwendigkeit erkannt, näher zu erwägen, welche Maßregeln zur weiteren Sicherung der Staatsinteressen nothwendig und noch während der jetzigen Session durchzuführen seien. Die nächste Maßregel war der Entwurf des Sperre- oder Protokollgesetzes. Der Cultusminister übernahm es aber, dem Staatsministerium nach weiterer Ermägung Vortrag über die fernern noch zu ergeiffenden legislativen Maßregeln zu halten. In

einem umfassenden Votum vom 3. April erörterte Minister Falk die verschiedenen in's Auge zu fassenden Gegenstände, erklärte für besonders dringlich die Aufhebung der Klöster und Congregationen und gab als Anhalt für die Beurtheilung des Projects und behufs vorläufiger Beschlussfassung eine Skizze des etwaigen Gesetzentwurfs. Wenige Tage darauf fand eine Beratung des Staatsministeriums darüber beim Fürsten Bismarck in welcher die Erörterung sich zunächst gleichfalls auf den ganzen Zusammenhang der zu ergeiffenden Maßregeln erstreckte und aus welcher als nächstes Ergebniss der Entschluss zur vorgängigen Aufhebung der Verfassungsartikel 15, 16 und 18 hervorging, daneben auch die vorläufige Zustimmung zu dem Vorschlage in Betreff der Klöster. Der Beschluss wegen der Aufhebung der Verfassungsartikel wurde sofort formulirt, der Sanction des Kaisers unterbreitet und auf Grund derselben unverweilt vor den Landtag gebracht. In Betreff des Klostergesetzes fiel dem Cultusminister die Aufgabe zu, den Entwurf unter Berücksichtigung der im Staatsministerium dabei geltend gemachten Gesichtspunkte weiter auszubereiten. Der formulirte Entwurf gelangte am Freitag den 16. April im Staatsministerium zur weiteren Besprechung und Annahme und wurde am Sonnabend den 17. dem Kaiser vorgelegt, unmittelbar vor der Abreise nach Wiesbaden. Wenige Tage darauf erfolgte eine Ordre, durch welche der Kaiser noch gewisse näherer tatsächliche Angaben, namentlich in Betreff der der Krankenpflege und Wohlfährigkeit gewidmeten Frauenklöster verlangt. Am 23. April trat das Staatsministerium erneut in Beratung und am 24. ging der weitere Bericht nach Wiesbaden ab. Am 29. erfolgte die Allerhöchste Ermächtigung zur Vorlegung des Entwurfs unter geringen Modificationen in Bezug auf die Fristen für die dem Unterricht gewidmeten Orden. Aus dieser Uebersicht ergiebt sich, daß von einer Verzögerung der Sache an keiner betheiligten Stelle die Rede gewesen ist. Es ist allerdings richtig, daß die auch schon vom Staatsministerium zur Geltung gebrachten Rücksichten auf das theilweise sehr wohlthätige Wirken der Frauenklöster bei Sr. Majestät noch ganz besondere Beachtung und eingehende Würdigung fanden und es ist eben in dieser Beziehung noch eine Modification des Entwurfs vom Kaiser gewünscht und vom Staatsministerium kurzbin vollzogen worden, durch welche aber die principielle Bedeutung und voraussichtliche Wirkung des Gesetzes nicht beeinträchtigt wird.

[Die nächste Sitzung des Herrenhauses] findet am Freitag, den 7. Mai, Mittags 12 Uhr, statt. Auf der Tagesordnung steht u. A. die erste Beratung und Beschlussfassung über die geschäftliche Behandlung: a) des Gesetzentwurfs über die Vermögensverwaltung in den katholischen Kirchen-Gemeinden; b) des Gesetzentwurfs, betreffend die Aufhebung der Artikel 15, 16 und 18 der Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850.

[Entgleisung.] Der fahrplanmäßig in Berlin um 7 Uhr 3 M. Morgens ankommende Personenzug der königlichen Ostbahn erlitt am 2. d. M. eine Verpätung von 15 Minuten in Folge einer beim Rangiren auf Station Landsberg stattgehabten Entgleisung von 2 Wagen, wodurch das eine Geleise zeitweise gesperrt wurde.

Posen, 3. Mai. [Der als muthmaßlicher Excommunicator verhaftete] Neopresbyter Roman Göbel gehört zu den nach Erlaß der Maigesetze geweihten Geistlichen und ist schon ein Mal wegen gesetzwidriger Ausübung geistlicher Amtshandlungen in der Kirche in Brodnica, einem der Chlapowski'schen Familie geborenden Gute, bestraft worden. Göbel hält sich in Szolbry bei Czempin, das ebenfalls Herrn von Chlapowski gehört, auf, wo er muthmaßlich die Functionen eines Hausaplasts ausübt und von wo er Ausflüge nach Rutki bei Samter, wo eine Schwester des Herrn von Chlapowski, Madame Mantowska wohnt, macht. Auch in Rutki soll Göbel geistliche Amtshandlungen verrichtet haben und dürfte er deswegen zur Verantwortung gezogen werden. Ueberhaupt scheint es, daß unsere polnischen Aristokratfamilien, besonders diejenigen, welche mit der Chlapowski'schen verwandt oder befreundet sind, die renitenten jungen Geistlichen unterhalten und sie in ihren Agitationen unterstützen. Herr Göbel, den wir bei seiner Ankunft auf dem hiesigen Central-Bahnhofe gesehen haben, ist ein stattlicher, junger Mann. Noch muß bemerkt werden, daß das Dorf Rutki nicht weit von Kwidz liegt.

Dortmund, 2. Mai. [Das sogenannte „Brobdborggesetz“] welches mit seiner Publication auch sofort in Kraft getreten ist, hat von Seiten der Verwaltungsbehörden prompteste Ausführung gefunden. Die Anweisung an die Zahlstellen, die staatlichen Bezüge fortan zurückzuhalten, ist z. B. in den Regierungsbezirken Arnberg und Minden — wahrscheinlich also auch in den übrigen — bereits am Dienstag ergangen, da schon alles Erforderliche fertig gestellt war. Der am Montag Abend ausgegebene „Staats-Anzeiger“ hatte das Gesetz veröffentlicht.

München, 3. Mai. [Die königliche Bank] in Nürnberg hat sicherem Vernehmen nach, beschlossen, in München eine Filiale zu errichten.

Provinzial-Beitrag.

■ Breslau, 2. Mai. [Stiftungsfest des Frauen-Wilbungsvereins zur Förderung der Erwerbsfähigkeit.] Mit Ende vorigen Monats war auch die Zeit wiedergekommen, wo unser Verein sein 10. Stiftungsfest durch eine in seinem Geiste, als Solche gestaltete Zusammenkunft, wozu Mitglieder, Gönner und Freunde der von dem Verein geförderten und getragenen Ideen in das Lieblichste Concertlocal eingeladen waren und sich zum großen Theil auch eingefunden hatten. Das Fest begann gegen 2 Uhr mit einer von Dr. G. Karpeles gehaltenen Festrede. Im Verlaufe des Vortrages hob der Redner zwei dem Verein durch Geist und That verbundene Personen hervor, die in diesem Frühjahr ihrem wirkungreichen Leben durch den Tod entzogen worden seien. Fräulein Anna Seifert, ein thätiges, anspruchsloses und allseitig beliebtes Mitglied des Ausschusses und Herr Redacteur Theodor Delsner, ein warmer Freund und Förderer der Frauen-Rechte und Frauen-Arbeit, der diese Ideen in der Presse stets würdig und entschieden vertreten habe und stets in gutem Andenken leben und dem die Lebenden nachstreben werde. Nach einigen Betrachtungen des weiblichen Gemüthes, schloß Fr. Dr. Karpeles mit den Worten: „Ein Bild in's Innere einer Frauenseele, sei ein Bild in's Himmelreich!“ seinen, mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag. Demselben folgte in ununterbrochener Reihe die auf dem Programm angekündigten Musikstücke der Fräulein Rosa und Bianca Tbiel, Frau Karfunkelstein, Fräulein Franziska Lewy, mit welchen die Declamationen Fräulein Widmann, Fräulein Bland und Herrn Meery und die musikalischen Productionen der Herren Th. Ehrlich, C. Frank und Pangriß abwechselten, von den Mitgliedern des Vereins den Abend zu einem genussreichen zu gestalten. Das schöne Instrument, auf dem sie ihre Leistungen zur Geltung brachten, ist aus der Lichtenberg'schen Buch-, Kunst- und Musikalienhandlung.

Breslau, 4. Mai. Angekommen: S. Durchlaucht Friedr. Wilhelm Prinz zu Hohenlohe-Jungingen, Generalleut. und General-Adjutant Sr. Majestät des Königs und Kaisers aus Schloss Rofcentin. Ihre Durchl. Frau Prinzessin zu Hohenlohe-Jungingen aus Schloss Rofcentin. (Frdl.) ** [Kunstausstellung.] Nächsten Sonntag, den 9. ds., wird in den Räumen der hiesigen Gesellschaft, Blücherplatz im alten Börsegebäude, die große Kunstausstellung seitens des silesischen Kunstvereins eröffnet, worauf wir um so lieber aufmerksam machen, als in diesem Jahre eine große Anzahl höchst werthvoller Gemälde dem kunstliebenden Publikum zugänglich gemacht werden; von den hervorragenden Bildern nennen wir eine Savignac von J. C. Körner, unsere Helden von S. Sondermann, Patriotenkinder von Stronoff, verschiedene Landschaften von Max Schmidt, R. Meyer-

heim, C. Schleich, A. Dreßler, Stenographen u. s. w. Das ungeliebteste Interesse dürfte dem Könige Friedrich die Kaiserin Alexandra und ihre Kinder aus dem geplünderten Rom von S. Spangenberg, Ermordung Wilhelm von Dranien von Lindenschmitt, beim Notar von W. Sohn, aus dem 1870/71er Feldzuge von Kolis, die erste Tanzstunde von B. Wautier, die Odaliske von Gustav Richter in Anspruch nehmen, sämtliche Werke von Malern ersten Ranges.

+ [Lotterie.] Bei der gestrigen beendeten Ziehung der 4. Klasse Preussischen 151. Klassen-Lotterie fiel der Hauptgewinn von 450,000 Mark auf Nr. 13,186 in die Collecte von Reimbald nach Köln.

+ [Geburten und Mortalität.] Im Laufe der leibverfloffenen Woche sind hierorts polizeilich angemeldet worden: Als geboren 102 Kinder männlichen und 93 Kinder weiblichen Geschlechts, zusammen 195 Kinder, wovon 29 außerehelich; als gestorben 76 männliche und 65 weibliche, zusammen 141 Personen incl. 9 todtgeborener Kinder.

© Josten a. B., 3. Mai. [Katholischer Gottesdienst.] Gestern Vormittag 11 Uhr hielt Professor Dr. Weber aus Breslau in der freundlichen evangelischen Kirche, deren Mitbenutzung den hiesigen Katholiken in anerkannter Weise gestattet worden ist, den ersten katholischen Gottesdienst ab. Die Predigt wirkte sichtlich tiefergreifend auf die zahlreich, zum Theil Meilenweit herbeigekommenen Zuhörer. Eine Anzahl Mitglieder empfing das Abendmahl; nach dem Gottesdienste fand auch eine Taufe statt. — Der Kirchengesang wurde durch den evangelischen Kantor in vorzüglicher Weise ausgeführt. — Die erforderlichen Kirchengeräthe sind durch allseitige Opferwilligkeit in würdiger Ausstattung bereits vollständig beschafft. — Der nächste Gottesdienst wird voraussichtlich an einem der ersten Sonntage nach Pfingsten stattfinden.

—r. Namslau, 3. Mai. [Ehrenhaftigkeit eines Lehrers.] Im Monat Februar d. J. hatte der katholische Lehrer und Organist Dirbach in Proßlau, hiesigen Kreises, dem Landrath Salice Contessa hierseits ein für die k. k. Regierung bestimmtes Prememoria übergeben, in welchem er über seine geistlichen Vorgesetzten Beschwerde führte. Dirbach hatte dem Referenten gegen dessen Ehrenwort, darüber zu schweigen, Einsicht in diese Beschwerde gestattet und weil Referent der Ansicht war, daß, wenn diese Beschwerde Erfolg haben und nicht etwa ein Schlag ins Wasser sein sollte, die Gründe dieser Beschwerde der Öffentlichkeit zu übergeben seien, wendete er sich im Vertrauen auf die Ehrenhaftigkeit und Discretion des p. Dirbach schriftlich an den letzteren, theilte ihm seine Ansicht mit und indem er unumwunden sich dahin äußerte: daß er sich gar nicht wundern würde, wenn Regierungs-Schulrath Jüttner diese Beschwerde im Interesse der geistlichen Vorgesetzten des z. Dirbach zurückhalten würde, — bat Ref. den z. D., ihm die Beschwerde abdrucken auszuhandigen und die Genehmigung zu deren Veröffentlichung zu ertheilen. D. lehnte dies entschieden ab. Nachdem jedoch diese Beschwerde in Nr. 10 der „Schlesischen Schulzeitung“ abgedruckt erschienen war, hatte Ref. keine Ursache mehr, an dem gegebenen Ehrenwort festzuhalten, und er veranlaßte daher nicht nur in Nr. 119 der „Breslauer Zeitung“ die fast wörtliche Wiedergabe dieser interessanten Beschwerde, er sandte auch unterm 16. März d. J. ein Exemplar dieser Zeitungsnnummer an den Herrn Cultusminister mit dem Ersuchen, dabon Kenntnis zu nehmen, welche Zustände hier noch herrschen, und fügte hinzu, daß in Folge dieser Beschwerde durch den hiesigen Landrath im Auftrage der Regierung zwar eine Vernehmung des Lehrer D. stattgefunden habe, daß aber vom hiesigen Landrath, sowie von dem katholischen Regierungs-Schulrath Jüttner in Breslau eine gründliche Erörterung und Erlebigung dieser Angelegenheit vorläufig noch zu erwarten bleibe. — Dem p. D., der nebst mehreren Schültern wegen dieser Beschwerde im hiesigen Landraths-Amt wiederholt vernommen worden ist, scheint man hierbei etwas stark zu Leibe gegangen zu sein und möglicher Weise, um sich rechtfertigen oder seine Beschwerde zurück ziehen zu können, hat er mit Beiseiteziehung jeder Discretion die vom Ref. empfangenen vertraulichen Briefe dem Landrath ausgethan, der sie seinerseits natürlich sofort der Regierung unterbreitet hat. Welchen Verlauf diese Angelegenheit nehmen wird, ist dem Ref. allerdings noch unbekannt; doch hat es fast den Anschein, als ob man in Berlin im Cultusministerium bezüglich des Regierungs-Schulraths Jüttner mit dem Referenten ganz gleicher Ansicht sei, denn nur dadurch läßt sich dessen Verurteilung auf unbestimmte Zeit erklären. z. Jüttner war übrigens derjenige Regierungs-Schulrath, der dem „Staatsfreundlichen“ Lehrer und Organisten Piontel in Schwirz die ihm zugebachte Lehrerstelle an einem Seminar darum nicht übertragen zu können vermeinte, weil P's. Frau (beiläufig gesagt: die Tochter seines Vorgängers), vom „Dorfe“ sei und sich in einer „Stadt“ nicht glücklich fühlen würde.

[Notizen aus der Provinz.] * Görlitz. Der hies. „Anz.“ nannte neulich verschiedene Personen, welche Seitens des hiesigen Magistrats Einladungen zur diesjährigen Auerbachbahn erhalten haben. Jetzt ist er in der Lage, mittheilen zu können, daß von den Geladenen bereits mehrere das Glück gehabt, einen Hahn zu schießen. Es sind dies der Herr Oberpräsident von Schleien und ein Oberpräsidialrath (Weide an demselben Tage), der Landforstmeister Herr Ulrici, der schwedische Viceconsul, der Stadtverordneten-vorsteher Herr Halberstadt und der Kreisgerichtsrath Herr Bod.

+ Groß-Glogau. Wie der „N. Anz.“ meldet, ist die hiesige königliche Kreis-Steuer-Kasse angewiesen worden, die Zahlungen aus Staatsmitteln an katholische Geistliche resp. Kirchencollegen einzustellen. Aus der hiesigen Kreis-Steuer-Kasse erhält nur die Domkirche 400 Thlr. vierteljährlich, sie hat diesen Betrag am 1. April bereits erhalten, er ist sonach am 1. Juli fällig, sie wird ihn aber dann nicht mehr erhalten.

Δ Delz. Das Meteor ist auch hier beobachtet worden. (S. im gestr. Mittagsbl. Namslau). Am Sonnabend Abend um 10 Uhr wurde am östlichen Horizonte, von Norden nach Süden zu verlaufend, ein Meteor wahrgenommen. Ein heller, bläulicher Lichtschein erhellte auf einige Secunden die Erde.

Berlin, 3. Mai. Die Speculation enthielt sich auch heute größtentheils jeglicher Thätigkeit und erst zum Schluß konnte das Geschäft eine gewisse Regsamkeit gewinnen. Die Börse, anfänglich in ganz indifferenten Haltung, verfiel später in eine allgemeine Verstimmung, die bei der Geringsfügigkeit der Transaktionen und bei dem Mangel an jeder Gegenströmung einen ziemlich intensiven Charakter annahm. Die Ermattung muß in erster Linie von den schweren rheinisch-westfälischen Eisenbahnen hergeleitet werden. Das Gewinn-Resultat der Köln-Münchener Eisenbahn, das neuesten Nachrichten zufolge eine Dividende von 6%, Procent gestatten würde, hätte wohl befriedigt, wenn man nicht wegen des Ertrages im laufenden Jahre Besorgnisse hegte. Noch verstimrender wirkte das Factum, daß die Direction der Rheinischen Eisenbahn auf der zum 8. Juni anberaumten General-Versammlung mit einer neuen Creditforderung zum Bau einiger Ergänzungsfahrten auftreten werde. Der Geldbedarf wird, obgleich der eigentliche Streckenbau keine übermäßig hohen Anlage-Kosten verursachen dürfte, doch nicht ganz gering bleiben, da in das Project die Herstellung einer festen Rheinbrücke aufgenommen worden ist. In Folge der Verstimmung gingen die Course sämtlicher Speculationspapiere zurück und stochten auf anderen Gebieten der Verlehr mehr als je. Die internationalen Speculationsverthe hatten schon bei Eröffnung der Börse eine Courseinbuße erlitten; besonders zeigten sich Oester. Creditactien matt, doch blieb der Gesamtmittelsdurchschnitt, mit dem sie aus dem heutigen Verlehr herborzogen, nur von unbedeutender Ausbeugung, da Angebot und Nachfrage mit gleicher Zurückhaltung oder gleicher Jaghaftigkeit auftraten. Lomb. und Franz. behaupteten sich, wurden aber ebenso wenig umgeseht. Die localen Speculationspapiere sehr ruhig. Auch das Prioritätengeschäft hatte an Regsamkeit eingebüßt, einheimische Devisen waren recht fest, 5%ige bevorzugter. Auf dem Eisenbahnamarkt herrschte eine gedrückte Stimmung, unter welcher fast das gesammte Coursniveau sich niedriger stellte. Von leichten Bahnen waren Mailrichter beebtet und West-Grajewo zeichneten sich durch große Festigkeit aus. Vantactien sehr ruhig und ohne eigentliche Tendenz; auch Antriebspapiere beebtigten sich nur in sehr geringem Maße am Verlehr. Neptun belebt und anziehend, Wäsemann fest und steigend, Union Webers rege. Bergwerke zum Theil fest. Um 2½ Uhr: Schwach. Credit 425.50, Lombarden 253, Franzos. 542½, Disconto-Comm. 163, Dortm. Union 21, Laurahütte 102.76. (Bant. u. S. 3)

Wien, 3. Mai. [Die Einnahmen der franz.-österreich. Staatsbahn] betrugen in der Woche vom 23. bis zum 29. April 501,041 Fl., ergaben mithin gegen die entsprechende Woche des Vorjahres eine Mindereinnahme von 25,150 Fl.

Wien, 3. Mai. [Die Einnahmen der Karl-Ludwigsbahn]

betragen in der Woche vom 23. bis zum 29. April 153,432 Fl., gegen die entsprechende Woche des Vorjahres Minder-Einnahme von 119,930 Fl.

Berliner Börse vom 3. Mai 1875.

Wechsel-Course.			
Amsterdam 100 Fl.	8 T. 3/4	174.90 bz	
do. do. 100 Fl.	2 M. 3/4	173.90 bz	
Angsb. 100 Fl.	2 M. 3/4	—	
Frankf. 100 Fl.	2 M. 3/4	—	
Leipzig 100 Thlr.	8 T. 3/4	—	
London 100 L.	3 M. 3/4	20.43 bz	
Paris 100 Frs.	8 T. 3/4	81.70 bz	
Petersburg 100 R.	3 M. 3/4	278.80 bz	
Warschau 100 R.	8 T. 3/4	280.80 bz	
Wien 100 Fl.	8 T. 3/4	183.65 bz	
do. do. 100 Fl.	2 M. 3/4	182.35 bz	

Fonds- und Anleihe-Course.			
Freiw. Staats-Anleihe 4 1/2 %	—	—	—
Staats-Anl. 4 1/2 %	—	—	—
do. 4 %	—	—	—
Staats-Schuldenschein 3 1/2 %	—	—	—
Präm.-Anleihe v. 1855 3 1/2 %	—	—	—
Berliner Stadt-Oblig. 4 1/2 %	—	—	—
Berliner Hyp.-Oblig. 4 1/2 %	—	—	—
Pommersche 4 1/2 %	—	—	—
Schlesische 4 1/2 %	—	—	—
Kar.-u. Neumark. 4 1/2 %	—	—	—
Pommersche 4 1/2 %	—	—	—
Preussische 4 1/2 %	—	—	—
Westfäl. u. Rheinl. 4 1/2 %	—	—	—
Schlesische 4 1/2 %	—	—	—
Badische Präm.-Anl. 4 1/2 %	—	—	—
Badische 4 1/2 % Anleihe 4 1/2 %	—	—	—
Göln-Mind.-Präm.-Anl. 3 1/2 %	—	—	—

Karl. 40 Thlr.-Loose 237.75 bz	
Badische 35 Fl.-Loose 123.40 bz	
Braunsch. Präm.-Anleihe 74.60 bz	
Oldenburg. Loose 132.00 B	
Louisd. — d. —	Fremd.Bkn. 99.80 bB
Ducaten 9.60 G	Oest. Bkn. 184.00 bz
Sover. 20.53 G	do. Silberd. 189.65 G
Napoleon 16.37 bzG	do. 1/2-Guld. 189.65 G
Imperial 16.82 G	Rusa.Bkn. 281.80 bz
Belianr 4.20 G	

Hypotheken-Certificats.			
Krupp'sche Partial Obl. 5 %	103 B		
Unk. Pfd. d. Pr. Hyp. Bk. 4 1/2 %	100.50 bz		
Deutsche Hyp.-Bk. Pfd. 4 1/2 %	95.75 bz		
Kündbr. Cent.-Bod. Cr. 4 1/2 %	100.50 bz		
Unkünd. do. (1872) 5 %	103.00 bz		
do. rückbz. a 110 %	107.00 bz		
do. do. do. 4 1/2 %	100.40 bzG		
Unk. H. d. Pr. Bd. Ord. B. 5 %	103 G		
do. III. Em. do. 5 %	101 G		
Kündbr. Hyp. Schuld. do. 5 %	99.90 G		
Hyp. Anth. Nord-G. C.B. 5 %	101.50 bz		
Pomm. Hypoth. Briefe 5 %	105.00 bz		
Goth. Präm.-Pfd. I. Em. 5 %	111.00 bz		
do. do. II. Em. 5 %	107.75 bz		
do. 5 % Pfd. rückbz. 110 %	103.75 bz		
do. 4 1/2 % do. do. 110 %	96.70 bz		
Maininger Präm.-Pfd. 4 1/2 %	102.25 bz		
Oest. Silberpand. 5 %	—		
do. Hyp. Ord. Pfd. 5 %	59 bz		
Pfd. d. Oest. Bd.-Cr.-Ge. 5 %	88.40 G		
Schles. Bodencr. Pfd. 5 %	101 B		
do. do. 4 1/2 %	95 G		
Südd. Bod.-Cr.-Pfd. 5 %	102.50 G		
Wiener Silberpand. 5 %	—		

Ausländische Fonds.			
Oest. Silberrente 4 1/2 %	68.90 bzB		
do. Papierrente 4 1/2 %	64.90 bz		
do. 5 % Präm.-Anl. 4 1/2 %	112.25 bz		
do. Lott.-Anl. v. 60 %	117.50 bzB		
do. Credit-Loose 5 %	355.50 bz		
do. 6 % Loose 5 %	307.50 B		
Rusa. Präm.-Anl. v. 61 %	180.40 bzB		
do. do. 1866 %	174 bzG		
do. Bod.-Cr.-Pfd. 5 %	92.10 bz		
Rusa. Präm. Schatz. Obl. 4 1/2 %	88.40 G		
Poln. Pfand. III. Em. 4 1/2 %	84.00 G		
Poln. Liquid. Pfand. 4 1/2 %	70.30 B		
Amerik. rückz. p. 1881 %	104.10 bzB		
do. do. p. 1883 %	102.40 bz		
do. 5 % Anleihe 5 %	99.30 bzG		
Frankosch. Rente 5 %	—		
Ital. neue 5 % Anleihe 5 %	—		
Ital. Tabak-Oblig. 6 %	100.10 G		
Russ. Grazer 100 Thlr. L. 4 1/2 %	84.50 etzbB		
Rumanische Anleihe 8 %	105.20 bz		
Türkische Anleihe 5 %	45.30 G		
Ung. 6 % St.-Eisenb.-Anl. 5 %	76.60 bz		

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.			
Berg-Mark. Serie II. 4 1/2 %	100.50 B		
do. III. v. 8 3/4 % 3 1/2 %	84.50 bzG		
do. do. VI. 4 1/2 %	98.50 bzG		
do. Hess. Nordbahn 5 %	103.00 G		
Berlin-Görlitz 4 1/2 %	103.25 B		
do. do. 4 1/2 %	95.50 G		
Breslau-Freib. Litt. D. 4 1/2 %	95.50 G		
do. do. 4 1/2 %	—		
do. do. H. 4 1/2 %	—		
Göln-Minden 4 1/2 %	91.50 G (bz)		
do. do. IV. 4 1/2 %	92.75 bzG		
do. do. V. 4 1/2 %	91.75 bzB		
Halle-Sora-Guben 5 %	89.50 B		
Hannover-Altenbeken 4 1/2 %	—		
Märkisch-Posen 5 %	—		
N.-M. Staatsb. I. Ser. 4 1/2 %	95.60 G		
do. do. II. Ser. 4 1/2 %	—		
do. do. III. Ser. 4 1/2 %	95.60 G		
Oberschles. A. 4 1/2 %	—		
do. B. 4 1/2 %	—		
do. C. 4 1/2 %	—		
do. D. 4 1/2 %	92.50 G		
do. E. 4 1/2 %	85.25 B		
do. F. 4 1/2 %	100.50 B		
do. G. 4 1/2 %	99.00 G		
do. H. 4 1/2 %	101.75 bzB		
do. I. 4 1/2 %	103.50 bz		
do. von 1873. 4 1/2 %	—		
do. von 1874. 4 1/2 %	98.40 bz		
do. Brieg-Neisse 4 1/2 %	—		
do. Cosel-Oderb. 4 1/2 %	—		
do. do. 4 1/2 %	—		
do. Stargard-Posen 4 1/2 %	—		
do. do. II. Em. 4 1/2 %	—		
do. do. III. Em. 4 1/2 %	—		
do. Niedersch. Zwick. 3 1/2 %	80.70 G		
Ostpreuss. Südbahn 5 %	102.70 G		
Rechte Oder-Über-B. 5 %	102.50 B		
Schlesw. Eisenbahn 4 1/2 %	—		

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.			
Berg-Mark. Serie II. 4 1/2 %	100.50 B		
do. III. v. 8 3/4 % 3 1/2 %	84.50 bzG		
do. do. VI. 4 1/2 %	98.50 bzG		
do. Hess. Nordbahn 5 %	103.00 G		
Berlin-Görlitz 4 1/2 %	103.25 B		
do. do. 4 1/2 %	95.50 G		
Breslau-Freib. Litt. D. 4 1/2 %	95.50 G		
do. do. 4 1/2 %	—		
do. do. H. 4 1/2 %	—		
Göln-Minden 4 1/2 %	91.50 G (bz)		
do. do. IV. 4 1/2 %	92.75 bzG		
do. do. V. 4 1/2 %	91.75 bzB		
Halle-Sora-Guben 5 %	89.50 B		
Hannover-Altenbeken 4 1/2 %	—		
Märkisch-Posen 5 %	—		
N.-M. Staatsb. I. Ser. 4 1/2 %	95.60 G		
do. do. II. Ser. 4 1/2 %	—		
do. do. III. Ser. 4 1/2 %	95.60 G		
Oberschles. A. 4 1/2 %	—		
do. B. 4 1/2 %	—		
do. C. 4 1/2 %	—		
do. D. 4 1/2 %	92.50 G		
do. E. 4 1/2 %	85.25 B		
do. F. 4 1/2 %	100.50 B		
do. G. 4 1/2 %	99.00 G		
do. H. 4 1/2 %	101.75 bzB		
do. I. 4 1/2 %	103.50 bz		
do. von 1873. 4 1/2 %	—		
do. von 1874. 4 1/2 %	98.40 bz		
do. Brieg-Neisse 4 1/2 %	—		
do. Cosel-Oderb. 4 1/2 %	—		
do. do. 4 1/2 %	—		
do. Stargard-Posen 4 1/2 %	—		
do. do. II. Em. 4 1/2 %	—		
do. do. III. Em. 4 1/2 %	—		
do. Niedersch. Zwick. 3 1/2 %	80.70 G		
Ostpreuss. Südbahn 5 %	102.70 G		
Rechte Oder-Über-B. 5 %	102.50 B		
Schlesw. Eisenbahn 4 1/2 %	—		

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.			
Berg-Mark. Serie II. 4 1/2 %	100.50 B		
do. III. v. 8 3/4 % 3 1/2 %	84.50 bzG		
do. do. VI. 4 1/2 %	98.50 bzG		
do. Hess. Nordbahn 5 %	103.00 G		
Berlin-Görlitz 4 1/2 %	103.25 B		
do. do. 4 1/2 %	95.50 G		
Breslau-Freib. Litt. D. 4 1/2 %	95.50 G		
do. do. 4 1/2 %	—		
do. do. H. 4 1/2 %	—		
Göln-Minden 4 1/2 %	91.50 G (bz)		
do. do. IV. 4 1/2 %	92.75 bzG		
do. do. V. 4 1/2 %	91.75 bzB		
Halle-Sora-Guben 5 %	89.50 B		
Hannover-Altenbeken 4 1/2 %	—		
Märkisch-Posen 5 %	—		
N.-M. Staatsb. I. Ser. 4 1/2 %	95.60 G		
do. do. II. Ser. 4 1/2 %	—		
do. do. III. Ser. 4 1/2 %	95.60 G		
Oberschles. A. 4 1/2 %	—		
do. B. 4 1/2 %	—		
do. C. 4 1/2 %	—		
do. D. 4 1/2 %	92.50 G		
do. E. 4 1/2 %	85.25 B		
do. F. 4 1/2 %	100.50 B		
do. G. 4 1/2 %	99.00 G		
do. H. 4 1/2 %	101.75 bzB		
do. I. 4 1/2 %	103.50 bz		
do. von 1873. 4 1/2 %	—		
do. von 1874. 4 1/2 %	98.40 bz		
do. Brieg-Neisse 4 1/2 %	—		
do. Cosel-Oderb. 4 1/2 %	—		
do. do. 4 1/2 %	—		
do. Stargard-Posen 4 1/2 %	—		
do. do. II. Em. 4 1/2 %	—		
do. do. III. Em. 4 1/2 %	—		
do. Niedersch. Zwick. 3 1/2 %	80.70 G		
Ostpreuss. Südbahn 5 %	102.70 G		
Rechte Oder-Über-B. 5 %	102.50 B		
Schlesw. Eisenbahn 4 1/2 %	—		

Bank-Discount 4 pCt.	
Lombard-Zinsfuß 5 pCt.	

Telegraphische Depeschen.

Wien, 3. Mai, Nachts. Die Meldung der Blätter, preussischerseits sei hier die Trennung der Breslauer Diocese in einen österreichischen und einen preussischen Theil beantragt, entbehrt wenigstens bis jetzt der Begründung.

Bern, 3. Mai. Die Landgemeinde von Uri hat gestern eine totale Revision der Kantonalverfassung beschlossen, die Versammlung der Landgemeinde Glarus wurde wegen schlechten Wetters vertagt.

Bern, 3. Mai. Die Wahlen zum Grossen Rath im Kanton Graubünden sind für die liberale Partei ausgefallen. Im Kanton Luzern erhielten die Ultramontanen die Majorität. Nur die Stadt Luzern wählte ganz liberal.

London, 3. Mai, Nachts. Unterhaus. Der Unterstaatssecretär des Aussenbüreau erwidert auf die Anfrage Coghane's: Die Regierung sei nicht informiert, daß die Formation des ägyptischen gemischten Tribunals wegen Differenzen zwischen Griechenland und der Pforte aufgehoben sei; er glaube vielmehr, daß Griechenland dem Vizekönig bereits zwei Persönlichkeiten zur Ernennung als Richter vorschlug. — Oberhaus. Auf die Interpellation Ruffel's, betreffend den deutsch-belgischen Notenwechsel, erwidert Derby, er sei erst seit 1/2 Stunden im Besitze der letzten belgischen Antwortnote, habe dieselbe daher nicht genügend eingesehen, und werde die Note nach der Veröffentlichung durch die belgische Regierung mittheilen. Die gesammte Correspondenz trage keinen offensiven Charakter, erörtere einfach die Frage, ob die belgischen Gesetze ausreichen, den völkerrechtlichen Bedürfnissen zu genügen. Ein Appell an die Garantemächte fand nicht statt. Der Minister glaube nicht, daß eine Intervention ohne vorhergegangene Aufforderung den guten Beziehungen Deutschlands und Belgiens oder dem Frieden Europas förderlich sein werde.

Brüssel, 3. Mai. Die vielfachen Mittheilungen über den Inhalt der von der belgischen Regierung auf die letzte Note der deutschen Regierung ertheilten Antwort sind, wie von gut unterrichteter Seite berichtet wird, auf bloße Vermuthungen und Gerüchte zurückzuführen. Die belgische Antwortnote wird, wie bereits gemeldet, wahrscheinlich morgen der Deputirtenkammer vorgelegt werden.

Cattaro, 3. Mai, Abends. Der Fürst von Montenegro ist in Begleitung des Arzibischofs, Senatoren und zahlreicher Leibgarbitten Vormittags eingetroffen und vom Commandanten General Jovanovic, einer Ehrencompagnie und der die Montenegrohymne spielenden Musik empfangen worden. Er stieg im Hause des Bürgermeisters ab, wo er die Aufwartung der kaiserlichen Suite entgegennahm. Mittags machte der Fürst mit seiner Suite Aufwartung bei dem Kaiser, der unmittelbar darauf den Besuch erwiderte.

Konstantinopel, 3. Mai. Gutem Vernehmen nach sind nunmehr bereits drei Geistliche designirt, welche als Vertreter des öcumenischen Patriarchats dem Aikatholikencongresse in Bonn im August d. J. beizuwohnen sollen.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

Frankfurt a. M., 3. Mai, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schlußcourse.] Londoner Wechsel 206.00. Pariser do. 81.80. Wiener do. 183.60. Böhmische Westbahn —. Elbthalbahn 169 1/2. Ostbayr. 211 1/2. Franzosen 271 1/2. Lombarden 126. Nordwestbahn 139 1/2. Silberrente 68 1/2. Papierrente 64 1/2. Russ. Bodencredit 92. Russen 1872 103 1/2. Amerikaner 1882 99. 1880er Loose 117 1/2. 1884er Loose 306.80. Creditactien 213. Vantactien 87.10. Darmstädter Bank 135. Brüsseler Bank 107 1/2. Berliner Bankverein 81. Frankfurter Bankverein 76 1/2. do. Wechselbank 78 1/2. Desterreichische Bank 84 1/2. Meiningener Bank 88 1/2. Hahn'sche Effectenb. 111 1/2. Prov.-disc.-Gesellschaft 79. Continental 84. Hess. Ludwigsbahn 110 1/2. Oberpfälzer 73 1/2. Raab-Gräzer 84 1/2. Ungar. Staatsloose 176.20. do. Schatzanweisungen alte 94 1/2. do. Schatzanw. neue 92 1/2. Oregon Eisenb. 22. Rockford do. —. Central-Pacific 86 1/2.

per medio resp. per ultimo.

Speculationspapiere sehr still, eher matt. Anlagewerthe und Bahnen fest, Banken schwach, Geld flüssig.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 212 1/2, Franzosen 271 1/2, Lombarden 125 1/2, Galizier —.

Hamburg, 3. Mai, Nachmittags. [Schlußcourse.] Hamburger St.-Pr.-A. 116 1/2, Silber 68 1/2, Credit-Actien 212 1/2, Nordwestb. —, 1880er Loose 117 1/2, Franzosen 677, Lombarden 312 1/2, Italienische Rente 71. Verleinsbank 124. Laurahütte 102. Commerzb. 85. do. II. Em. —, Norddeutsche 146 1/2, Prov.-disc. —, Anglo-deutsche 46 1/2, do. neue 67 1/2, Dän. Landmbk. —, Dortmund. Union —, Wiener Unionb. —, 64er Russ. Pr.-A. —, 66er Russ. Pr.-A. —, Amerikaner de 1882 93 1/2, Röm.-A. St.-A. 110 1/2, Rhein. E. do. 115, Vergleich-Wert. do. 87. Disconto 3 1/2. — Schluß etwas fester.

Hamburg, 3. Mai. [Getreidemarkt.] Weizen loco fest, auf Termine fester. Roggen loco fest, auf Termine höher. Weizen 126 pfd. per Mai pr. 1000 Kilo netto 192 Br., 191 Gd., per Mai-Juni pr. 1000 Kilo netto 191 Br., 190 Gd., per Juni-Juli 1000 Kilo netto 192 Br., 191 Gd., per Juli-August pr. 1000 Kilo netto 193 Br., 192 Gd., per September-October pr. 1000 Kilo netto 195 Br., 194 Gd. — Roggen per Mai 1000 Kilo netto 162 Br., 161 Gd., per Mai-Juni 1000 Kilo netto 158 Br., 156 Gd., per Juni-Juli 1000 Kilo netto 155 Br., 154 Gd., per Juli-August 1000 Kilo netto 155 Br., 154 Gd., per September-October 1000 Kilo netto 155 Br., 154 Gd. Hafer fest. Gerste ruhig. Rübsl steigend, loco 58 Br., per Mai 57 1/2, per October per 200 Pfd. 59 1/2. Spiritus still, per Mai 42 1/2, per Juni-Juli 43, per Juli-August 44 1/2, per August-September per 100 Liter 100 pCt. 45 1/2. Kaffee sehr fest, Umsatz 3500 Sack. Petroleum matt, Standard white loco 12, 50 Br., 12, 40 Gd., per Mai 11, 50 Gd., per August-December 12, 00 Gd. — Wetter: Schön.

Liverpool, 3. Mai, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Umsatz 12,000 Ballen, davon für Speculation und Export 2000 Ballen. Stetig.

Middl. Orleans 8 1/2, middling amerikanische 7 1/2, fair Dholerab 5 1/2, middling fair Dholerab 4 1/2, good middling Dholerab 4 1/2, middl. Dholerab 4 1/2, fair Bengal 4 1/2, fair Broad 5 1/2, new fair Domra 5 1/2, good fair Domra 5 1/2, fair Madras 5, fair Bernam 8 1/2, fair Smyrna 6 1/2, fair Egyptian 9.

Antwerpen, 3. Mai, Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Getreide-markt.] (Schlußbericht.) Weizen unverändert. Roggen unverändert. Hafer stetig. Gerste behauptet, Rendée 23 1/2.

Antwerpen, 3. Mai, Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Petroleum-markt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Rode weiß, loco 27 1/2 bez., 28 Br., per Mai 26 1/2 bez., 27 Br., per Juni 27 1/2 bez., 28 Br., per September 29 Br., per October-December 29 1/2 Br. Steigend.

Bremen, 3. Mai. [Petroleum.] (Schlußbericht.) Standard white loco 11 Mt. 25 Pf. Ruhig.

ΔΔS Posen, 2. Mai. [Zur Krisis.] Wie ich Ihnen in meiner Correspondenz, in welcher ich das Fallissement Breslauer annuncirte, mitgetheilt habe, sind wirklich mehrere hiesige Firmen, welche bis dahin für bedeutend gegolten haben, gefallen und ihr Fall hat auch einige kleinere Firmen in unserer Stadt und in der Provinz nach sich gezogen. Heute ist die Krisis glänzend überstanden. Die fünf bedeutendsten Fallissements werden nicht weitere Zahlungseinforderungen nach sich ziehen, da nur einige hiesige Banken und größere Capitalisten dabei betheilig sind. Die Firmen, welche jetzt gefallen sind, laborirten seit Jahren an Geldmangel und es ist mehr zu verwundern, daß sie erst jetzt, als daß sie überhaupt gefallen sind. Wie die Sachen jetzt stehen, haben die Breslauerischen Gläubiger keine Hoffnung auf 15 bis 20 Procent erhalten werden, da bis jetzt nicht einmal der Werth der Waldungen in Polen genau bekannt ist und Waldungen in Galizien, wie allgemein bekannt ist, selbst dann einen geringen Werth haben, wenn ihre Bestände brillant sind, da es dort an Communicationen mangelt, um das Holz zu verwerthen. — Vom Wärentroßischen Fallissement in Stettin ist unser

Platz vollständig unberührt geblieben, da Spiritus nur an Stettiner Com missionäre abgeladen wurde.

Berlin, 3. Mai. [Productenbericht.] Roggen wurde auch heute zu ferner steigenden Preisen ziemlich lebhaft umgekehrt auf Termine. Waare ist fortwährend sehr schwach offerirt. — Roggenmehl fester. — Weizen anmirt und sehr merktlich im Werthe gestiegen. — Hafer loco unverändert. Termine höher. — Rübsl ohne wesentliche Aenderung. — Spiritus begehrt und hoher Umsatz regt.

Weizen loco 177—201 M. pro 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, pr. April-Mai 191 1/2—192 1/2—192 M. bez., pr. Mai-Juni 190—191 M. bez., pr. Juni-Juli 190 1/2—191 1/2 M. bez., pr. Juli-August 192 1/2—193 M. bez., pr. August-September — M. bez., pr. September-October 195—197 M. bez. — Gefündigt — Ctr. Ründigungspreis — M. — Roggen pro 1000 Kilo loco 153—166 M. nach Qualität gefordert, russischer 155—159 M. bez., ordinarer russischer — M. bez., inländischer 162—168 M. ab Bahn bez., geringer inländischer — M. bez., schwimmend polnischer — M. bez., pr. Frühjahr 155—157 M. bez., pr. Mai-Juni 151 1/2—153 1/2 M. bez., pr. Juni-Juli 150—152 1/2—151 1/2 M. bez., pr. Juli-August 149 1/2—150 1/2 M. bez., pr. August-September — M. bez., pr. September-October 152—153 1/2—152 1/2 M. bez. — Gefündigt — Ctr. Ründigungspreis — M. — Gerste loco 129—179 M. nach Qualität gefordert. — Hafer loco 158—190 M. nach Qualität gefordert, ostpreussischer 172—185 M. bez., westpreussischer 172—185 M. bez., russischer 170—185 M. bez., ungarischer und galizischer 166—176 M. bez., pommerscher 183—189 M. ab Bahn bez., medlenburger 183—189 M. ab Bahn bez., ordinarer russischer — M. bez., pr. Frühjahr 184 1/2—185 1/2—185 M. bez., pr. Mai-Juni 1